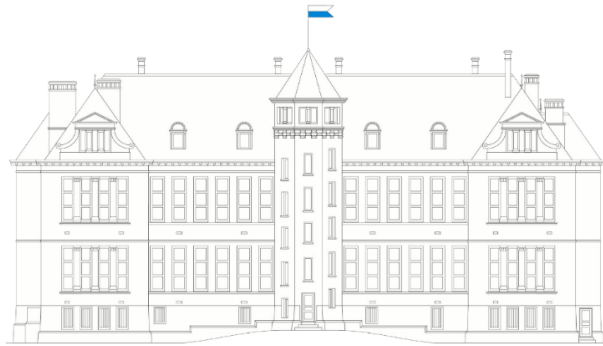


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Editorial	7
<i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN</i>	8
Europäisches Parlament.....	8
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.02.2021 – 11.02.2021.....	8
Internationale Beziehungen	9
EU-Chefdiplomat Borrell stark unter Druck nach Besuch in Moskau	9
Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst legen Erneuerung der südlichen Partnerschaft vor	10
Medien	10
EuGH zweifelt an Verbot regional begrenzter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen.....	10
<i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....</i>	11
Covid-19.....	11
Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen angenommen.....	11
Europol warnt vor gefälschten Nachweisen zu negativen Corona-Tests.....	11
Katastrophenschutz.....	12
Vorläufige Einigung zur Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens erzielt	12
Asyl und Migration	12
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Migrationsbewegungen.....	12
Mitteilung der Kommission zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei Rückkehr und Rückübernahme.....	12
Bericht des Europäischen Parlaments zur Bewertung der Anwendung der Asylverfahrensrichtlinie	13
Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet	14
EU-Kommission startet Konsultation zur Vorbereitung neuer Rechtsvorschriften	14
Cybersicherheit	14
ENISA entwickelt Zertifizierungssystem für 5G-Netze	14
ENISA-Bericht zu Risiken im Zusammenhang mit KI in autonomen Fahrzeugen	14
<i>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR</i>	16
COVID-19	16
Rat legt seinen Standpunkt zur Verlängerung von Lizenzen im Güterverkehr fest	16



Luftverkehr	16
Kommission verabschiedet Durchführungsverordnung zum Flugverkehrsmanagement	16
Bauen und Wohnen	17
Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Zukunft der Stadt	17
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	18
Informelle Videokonferenz der Justizminister	18
Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet: EU-Kommission startet Konsultation zur Vorbereitung neuer Rechtsvorschriften	18
Kommission startet öffentliche Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt	18
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt	19
Kommission startet Konsultation zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2021.....	19
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	20
Horizon Europe mit Launch Event offiziell gestartet	20
Informelles Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister	20
Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor	20
Politische Einigung zur Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) erzielt	21
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	22
Kommission legt neue Konjunkturprognose und sieht Europa weiter im Griff der COVID-19-Pandemie.....	22
Jährliche Inflation im Euroraum steigt zum Jahresstart überraschend kräftig auf 0,9 %	22
EU-Haushalt	23
EU-Wiederaufbaufonds: Europäisches Parlament stimmt für Aufbau- und Resilienzförderung in Höhe von 672,5 Mrd. €	23
Steuer	23
Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments fordert starkes britisches Engagement gegen Steuerdumping.....	23
Überprüfung der Mehrwertsteuer bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen: Kommission startet öffentliche Konsultation	24
Neue Kommissionsinitiative zur Verringerung der Mehrwertsteuerlücke: Mitteilung geplant	24
Kommission startet Konsultation zu Verbrauchsteuern auf im Ausland gekauftem Alkohol und Tabak	25



Wirtschafts- und Währungsunion	25
Europäisches Parlament: Europäische Zentralbank soll sich auf drohende wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten	25
Europäische Zentralbank: Europäisches Parlament stimmt Ernennung des neuen Vizepräsidenten des Bankenaufsichtsgremiums zu	26
Europäische Zentralbank erweitert bilaterale Euro-Liquiditätlinien mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums	26
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	27
Wirtschaft mit Binnemarkt und Industrie	27
Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor	27
Elektronische Kommunikation: Rat nimmt allgemeine Ausrichtung zur e-Privacy-Verordnung an	27
Kapitalmarktunion: Rat bestätigt Trilogeinigung zur Änderung der Benchmark-VO für kritische Referenzwerte.....	27
Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten wegen Nichtumsetzung des Kodex für europäische Kommunikation ein.....	28
EU-Kartellrecht: Kommission akzeptiert Verpflichtungszusagen von Aspen zur Senkung von Preisen für Krebsarzneimittel.....	28
EU-Kartellrecht: Kommission leitet eingehende Untersuchung gegen Mondelēz ein.....	29
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch Daimler und Volvo	29
Technologie und Innovation	29
Politische Einigung zur Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut erzielt	29
Außenwirtschaft	30
EU-Japan: Stärkung der Handelsbeziehungen bei Fahrzeugen und Wein	30
Energie	30
Kommission startet öffentliche Konsultation zu Vorschriften über Methan im Energiesektor.....	30
Folgenabschätzung zur Überarbeitung der EU-Gasvorschriften	30
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	31
Umwelt	31
Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zum Neuen Aktionsplan Kreislaufwirtschaft an	31
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt.....	31
Kommission startet öffentliche Konsultation zu Vorschriften über Methan im Energiesektor.....	32



EuGH-Urteil zur Überschreitung der PM ₁₀ -Grenzwerte in Ungarn	32
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer neuen EU-Bodenstrategie	32
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Thema „Kunststoffe, die Kreislaufwirtschaft und Europas Umwelt – Dringender Handlungsbedarf“	33
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Briefing zu „Kunststoffe und Textilien“	33
EuGH: Nichterklärung des Durchführungsbeschlusses zu Emissionsgrenzwerten von Großfeuerungsanlagen	34
Verbraucherschutz.....	34
Kommission startet Konsultation zu Vorschriften zur Identifizierung und Registrierung von Pferden	34
Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Prüfung von Online-Auftritten zu „Greenwashing“	35
EuGH-Urteil zum Zulassungsverfahren nach REACH-Verordnung	35
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	36
Kommission startet Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die Förderung europäischer Agrar- und Ernährungsprodukte.....	36
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel	36
Kommission verlängert Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor	36
EuGH entscheidet über Kürzung von Direktzahlungen bei Verstoß gegen Cross-Compliance.....	37
Kommission startet Konsultation zur Entwicklung einer neuen EU-Bodenstrategie.....	37
Kommission veröffentlicht Vorschlag für Verordnung zur Agrarstatistik	38
Kommission startet Konsultation zu Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden	38
Kommission legt Entwurf für delegierten Verordnung zu Düngemittel vor	38
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	40
Europäisches Parlament fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbstätigenarmut in Europa	40
Kommission startet Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt	40
Arbeitslosenquote im Dezember 2020 im Euroraum bei 8,3 % und in der gesamten EU bei 7,5 %.....	40
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	42
Coronavirus: Europäische Arzneimittel-Agentur informiert über Fortschritte bei der Bewertung von Impfstoffen und Therapien.....	42
Coronavirus: Kommission veröffentlicht Impfstoffverträge mit Sanofi/GSK, AstraZeneca und CureVac.....	42
Coronavirus: Europäische Bürgerbeauftragte fordert Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten	43
Kommission legt Aktionsplan zu medizinischen Nuklear- und Strahlentechnologien vor.....	43
Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor	43



Coronavirus: Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen angenommen	44
Coronavirus: Tracking-Tool zu den Fortschritten der Impfkampagnen in Europa gestartet	44
Kommission startet Konsultation zu Verbrauchsteuern auf im Ausland gekauften Alkohol und Tabak	45
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....	46
Kommission legt Fahrplan zur Entwicklung einer Vision für erfolgreiche digitale Transformation Europas vor	46
Konsultation zu Initiativen im Bereich Interoperabilität von digitalen öffentlichen Diensten	46
Europäischer Datenschutzbeauftragter veröffentlicht Stellungnahmen zu DSA und DMA	46



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte!

Was ist nötig, um Europa besser auf die Zukunft vorzubereiten? Dieser entscheidenden Frage will die Konferenz zur Zukunft Europas nachgehen – und das unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Mir ist wichtig, dass wir Europa bis auf die lokale Ebene tragen und dort die Menschen mit ihren Anliegen und Vorstellungen, mit ihren Ideen und Sorgen abholen. Den Gedanken, in allen 27 Mitgliedstaaten vor Ort Bürgerdia-



logue zu führen, zuzuhören, zu erklären sowie Bedenken und Anregungen mitzunehmen, finde ich hervorragend. Leider hat die Covid-19-Krise den Start der Konferenz verzögert. Jetzt aber gibt es eine Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament bei der Frage der Leitungsstrukturen. Gleichzeitig wird der Startschuss für den zweijährigen Konsultationsprozess konkret: Er soll am Europatag – also am 9. Mai 2021 – erfolgen. Ein starkes Signal und ein Datum, das im Zeichen des Dialogs nicht besser gewählt sein könnte.

Und eine weitere wichtige Weiche ist gestellt: Auf europäischer Ebene hat sich die portugiesische Ratspräsidentschaft mit Vertretern des Europäischen Parlaments zur neuerlichen Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorläufig politisch geeinigt. Damit kann die EU nun gezielt auf Notfälle großen Ausmaßes reagieren, vor allem wenn mehrere Mitgliedstaaten gleichzeitig betroffen sind. Die Kommission wird zukünftig die Möglichkeit haben, notwendige Produkte für den Zivil- und Katastrophenschutz im Rahmen der Notfall-Reserve „rescEU“ direkt zu beschaffen. Natürlich ist das auch eine Gratwanderung entlang unserer eigenen Kompetenzen und unserer Souveränität, nach Bedarf in Eigenregie reagieren zu können. Gleichzeitig ist es aber auch ein Beweis für den europäischen Zusammenhalt in schwierigen Situationen, ja in schwierigen Zeiten. Denn gegenseitige Hilfe bedeutet, dass unsere europäischen Nachbarn Partner bleiben und nicht zu Konkurrenten werden. Gemeinsam stärker in die Zukunft!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen nun eine spannende Lektüre des Europaberichts.

Ihre Melanie Huml



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.02.2021 – 11.02.2021

Im Mittelpunkt der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) stand die Debatte zur COVID-19-Impfstrategie der EU. Viele Abgeordnete betonten, dass die EU die richtigen wesentlichen Entscheidungen getroffen habe, vor allem in Bezug auf den gemeinsamen europäischen Ansatz bei Impfungen und auf die Verteidigung der Rechte ihrer Bürger, indem die Sicherheit an die erste Stelle gesetzt und die EU-Haftungsregelungen durchgesetzt worden seien. Die Abgeordneten räumten jedoch auch ein, dass die EU die Herausforderungen der Massenproduktion von Impfstoffen unterschätzt habe und dass nun konkrete Maßnahmen zum Hochfahren der Produktion mit höchster Priorität ergriffen werden müssten. Sie forderten die Kommission daneben auf, die bestehenden Verträge durchzusetzen und gleichzeitig die Mitgliedsstaaten bei ihren Strategien zum Einsatz von Impfstoffen zu unterstützen. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* verteidigte die Entscheidung der EU, Impfstoffe gemeinsam zu bestellen, die Notwendigkeit weltweiter Solidarität und die Entscheidung, keine Abstriche bei der Sicherheit und Wirksamkeit von Impfstoffen zu machen. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssten Lehren gezogen werden, denn es sei „eine Tatsache, dass wir heute beim Kampf gegen das Virus noch nicht da sind, wo wir sein wollen.“

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse der Plenartagung:

- Das EP hat die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität mit großer Mehrheit angenommen. Festgelegt sind darin nicht nur die Ziele und die Finanzierung des Instruments, sondern auch die Regeln für den Zugriff auf die Fördermittel. Die Fazilität, die Zuschüsse und Kredite in Höhe von 672,5 Mrd. € beinhaltet, ist der Kernbestandteil des insgesamt 750 Mrd. € schweren Aufbauplans „NextGenerationEU“.
- Zur Unterstützung der Verkehrsbranche in Pandemie-Zeiten haben die Abgeordneten Ausnahmen für die Verteilung von Flughafen-Slots und Verfallsdaten bestimmter Bescheinigungen verlängert. Nach der Aktualisierung der Regeln ist es den Fluggesellschaften u. a. erlaubt, nur noch 50 % ihrer geplanten Zeitnischen für Abflüge und Ankünfte in der Sommersaison 2021 zu nutzen (statt der vor der Pandemie geforderten 80 %), um diese in einer künftigen Saison nicht zu verlieren.
- EP und Rat haben vorläufig eine Reform des EU-Katastrophenschutzverfahrens beschlossen, um Notlagen zu verhindern oder schneller darauf reagieren zu können. Damit soll die Kommission unter bestimmten Bedingungen künftig die notwendigen Ressourcen wie etwa Löschflugzeuge oder Feldlazarette direkt aus der sog. „rescEU-Reserve“ mobilisieren können.
- Das EP hat umfassende politische Empfehlungen angenommen, um bis spätestens 2050 eine CO₂-neutrale und geschlossene Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Die Abgeordneten betonen in der



Entschließung zudem, dass bindende EU-Ziele bereits für das Jahr 2030 benötigt werden, mit denen der Material- und Konsumfußabdruck der EU erheblich verringert werde.

- Die Abgeordneten begrüßen den Vorschlag der Kommission für eine EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und bezeichnen ihn als einen wichtigen Schritt, um sicherzustellen, dass jeder von seiner Arbeit leben und an der Gesellschaft teilhaben kann. Die Richtlinie solle sicherstellen, dass die gesetzlichen Mindestlöhne immer über der Armutsgrenze liegen. Dazu gehören auch atypische oder Nicht-Standard-Arbeitnehmer in der digitalen Wirtschaft, die oft unter prekären Bedingungen arbeiten.
- Die Abgeordneten forderten die EU vor dem Hintergrund der Ereignisse in den USA (Sturm auf das Kapitol) auf, ihre Bemühungen zur Regulierung der sozialen Medien zu verstärken und dabei die Meinungsfreiheit zu wahren sowie Zensur zu vermeiden. Die Vizepräsidentin der Kommission, *Věra Jourová*, wies darauf hin, dass das vorgeschlagene Gesetz über digitale Dienste darauf abziele, die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen zu erhöhen und die Vorschriften für die Löschung illegaler Inhalte, einschließlich Hassreden und Aufstachelung zu Gewalt, klarzustellen.
- In einer Debatte über die aktuelle Lage in Russland mit dem EU-Außenbeauftragten *Josep Borrell* kritisierten viele Abgeordnete dessen Moskau-Besuch vom 05.02.2021 scharf und wiesen im Hinblick auf die Inhaftierung des „Kreml-Kritikers“ *Alexej Nawalny* auf das Versagen der EU-Mitgliedstaaten im Rat hin, mehr und stärkere Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen (siehe eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB).

[Pressemitteilungen des EP zu den Ergebnissen der Plenartagung](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

EU-Chefdiplomat *Borrell* stark unter Druck nach Besuch in Moskau

Am 05.02.2021 trat der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell*, in Moskau zu seinem Antrittsbesuch an. Während der russische Außenminister *Lawrow* in der Pressekonferenz EU-Staats- und Regierungschefs in Bezug auf deren Äußerungen zum Giftanschlag auf den wenige Tage zuvor festgenommenen Oppositionsführer *Nawalny* der Lüge bezichtigte und die EU als „unzuverlässigen Partner“ bezeichnete, stand *Borrell* schweigend daneben, kritisierte aber die US-amerikanischen Sanktionen gegen Kuba. Kurze Zeit darauf erfuhr *Borrell* über die sozialen Netzwerke, dass Russland während seines Besuchs drei Diplomaten von Mitgliedstaaten ausweise, darunter den langjährigen Leiter der politischen Abteilung der Deutschen Botschaft. *Borrells* Ersuchen, diese Entscheidung rückgängig zu machen sowie *Nawalny* freizulassen, wurden abschlägig beschieden. Der Auftritt *Borrells* wurde von vielen EU-Parlamentariern als „erniedrigend“ bezeichnet, 81 Abgeordnete vor allem mittel- und osteuropäischer Länder forderten seinen Rücktritt. Kommissionspräsidentin *von der Leyen* stärkte ihm den Rücken und es scheint nun eine neue Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten zu geben, dass Russland an keiner Verbesserung des Verhältnisses interessiert ist.

[Artikel in "Politico"](#)



Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst legen Erneuerung der südlichen Partnerschaft vor

Am 09.02.2021 hat die Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst die Erneuerung der [südlichen Partnerschaft](#), 25 Jahre nach der [Barcelona-Erklärung](#), beschlossen. Mit der neuen Strategie möchte die EU in Nordafrika und im Nahen Osten bei der Bekämpfung des Klimawandels helfen sowie den ökologischen und den digitalen Wandel beschleunigen. Unabhängig davon soll mit den südlichen Partnern ein Bekenntnis zu gemeinsamen Werten erzielt werden, um tragfähige Lösungen bei Flucht- und Migrationsfragen zu finden. Des Weiteren möchte die Europäische Union Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum stärken. Um die Wirtschaft der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten anzukurbeln und Investitionen auszulösen, sollen Mittel in Höhe von rund 7 Mrd. € (aus dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit; sog. NDICI) im Zeitraum 2021 - 2027 von Seiten der EU eingesetzt werden. Nach Schätzung der Kommission könne damit ein Hebel entstehen, der weitere 30 Mrd. € privater und öffentlicher Investitionen in den nächsten zehn Jahren in der Region auslösen könnte.

[Südliche Nachbarschaft: EU schlägt neue Agenda für den Mittelmeerraum vor](#)

MEDIEN

EuGH zweifelt an Verbot regional begrenzter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen

Mit Urteil vom 03.02.2021 machte der EuGH deutlich, dass er Bedenken gegen das im Rundfunkstaatsvertrag (RStV, seit 07.11.2020 im Medienstaatsvertrag) verankerte Verbot regional begrenzter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen hat. Dieses Verbot soll die Einnahmen für regionale Werbung den lokalen und regionalen Medienanbietern sicherstellen. Das österreichische Modeunternehmen Fussl möchte indes begrenzt auf das Gebiet Bayerns im bundesweiten Programm von ProSieben werben und beruft sich – ebenso wie ProSieben – auf die Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 [AEUV](#). Der EuGH sieht das Verbot kritisch, weil die Möglichkeit bestünde, dass die Auftraggeber regionaler Werbung jene im Internet schalteten, welches nicht entsprechend reguliert ist, die Vorschrift des RStV demnach ihren Zweck nicht erreichen könne. In dem Fall wäre sie nicht verhältnismäßig. Dies muss nun aber das Landgericht Stuttgart genauer anhand der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Werbemarkt klären.

[Pressemitteilung des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen angenommen

Einer entsprechenden Vorlage der EU-Kommission vom 25.01.2021 folgend (EB 02/21), nahm der Rat Empfehlungen zu Reisebeschränkungen an, die jedoch rechtlich nicht verbindlich sind. Die Umsetzung bleibt den Mitgliedstaaten überlassen.

1. Einreise aus Drittstaaten

In Bezug auf die Ratsempfehlung zur vorübergehenden Beschränkung nicht notwendiger Reisen aus Drittstaaten in die EU vom 30.06.2020 (EB 12/20) billigte der Rat am 02.02.2021 eine Verschärfung dahingehend, dass für Reisende grundsätzlich – mit Ausnahme von Beschäftigten im Verkehrssektor und Grenzgänger – eine PCR-Testpflicht frühestens 72 Std. vor Abreise besteht. Bei Reisen aus einem Drittstaat mit einer besorgniserregenden Virusvariante soll nach Ankunft in der EU eine Quarantänepflicht bestehen. Um auf die sog. Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten aufgenommen zu werden, sollen im Drittstaat folgende Schwellenwerte gelten: eine 14-Tage-Melderate von höchstens 25, eine wöchentliche Testquote über 300 sowie eine Testpositivitätsrate von höchstens 4 %.

2. Freizügigkeit innerhalb der EU

In Bezug auf die Ratsempfehlung vom 13.10.2020 zum koordinierten Vorgehen innerhalb der EU, die eine EU-weite Corona-Ampel etabliert hat (EB 17/20), billigte der Rat am 01.02.2021 eine Verschärfung dahingehend, dass eine neue Kategorie „dunkelrot“ für Hochrisikogebiete mit einer 14-Tage-Melderate von 500 oder mehr eingeführt wurde. Damit geht ein nachdrückliches Abraten von allen nicht unbedingt notwendigen Reisen einher. Vor Abreise soll eine Testpflicht bestehen, nach Ankunft eine Quarantänepflicht. Ähnliche Maßnahmen können auch für Gebiete mit einer hohen Prävalenz besorgniserregender Virusvarianten gelten.

Siehe hierzu auch den Beitrag des StMGP in diesem EB.

[Pressemitteilung des Rates vom 02.02.2021](#)

[Überarbeitete Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten vom 02.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates vom 01.02.2021](#)

[Überarbeitete Ratsempfehlung zur Freizügigkeit innerhalb der EU vom 01.02.2021](#)

Europol warnt vor gefälschten Nachweisen zu negativen Corona-Tests

Solange Reisebeschränkungen aufgrund der Pandemie bestehen, sei es sehr wahrscheinlich, dass Kriminelle die Gelegenheit nutzen werden, um gefälschte COVID-19-Testzertifikate herzustellen und zu verkaufen, warnt Europol. Es seien bereits mehrere Fälle bekannt geworden, in denen gefälschte Testzertifikate an Reisende verkauft wurden. Aufgrund der weit verbreiteten technischen Mittel in Form von hochwertigen Druckern und



verschiedener Software seien Betrüger in der Lage, hochwertige gefälschte Dokumente herzustellen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, alle relevanten Informationen über kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit gefälschten COVID-19-Testunterlagen an Europol weiterzugeben.

[Pressemitteilung von Europol vom 01.02.2021](#) (in englischer Sprache)

KATASTROPHENSCHUTZ

Vorläufige Einigung zur Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens erzielt

Zu der am 02.06.2020 von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuerlichen Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens (EB 20/20) erzielten die portugiesische Ratspräsidentschaft und Vertreter des Europäischen Parlaments (EP) am 08.02.2021 eine vorläufige politische Einigung. Mit der Überarbeitung soll sichergestellt sein, dass die EU besser auf Notfälle großen Ausmaßes reagieren kann, insbesondere in Fällen, in denen mehrere Mitgliedstaaten gleichzeitig betroffen sind. Die Kommission soll künftig unter bestimmten Bedingungen notwendige Mittel im Rahmen von rescEU direkt beschaffen können. Für den Zeitraum 2021 - 2027 sollen dem Katastrophenschutzverfahren rund 3,3 Mrd. € zur Verfügung stehen (1,26 Mrd. über den MFR + rund 2 Mrd. über den EU-Wiederaufbaufonds).

EP und Rat müssen die vorläufige Einigung noch formell billigen.

[Pressemitteilung des EP vom 08.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates vom 08.02.2021](#) (in englischer Sprache)

ASYL UND MIGRATION

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Migrationsbewegungen

Neu verfügbare EU-Daten über Asyl und irreguläre Grenzübertritte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 zeigen die Auswirkungen der Pandemie auf die Migration in die EU: Die EU als Ganzes verzeichnete mit 390.000 Asylanträgen einen Rückgang der Asylanträge um 33 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres 2019. Dennoch trafen in mehreren Aufnahmegemeinschaften unerwartet viele Menschen ein. Die Zahl der irregulären Grenzübertritte (114.300 von Januar bis November 2020) ging insgesamt um 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit sechs Jahren. Entlang der östlichen Mittelmeerroute war ein erheblicher Rückgang um 74 % festzustellen, entlang der zentralen Mittelmeerroute aber nahm die Zahl irregulärer Einreisen um 154 % zu.

[Pressemitteilung der Kommission vom 29.01.2021](#)

Mitteilung der Kommission zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei Rückkehr und Rückübernahme

Am 10.02.2021 legte die EU-Kommission eine Mitteilung zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei Rückkehr und Rückübernahme vor. Sie beinhaltet Verbesserungsvorschläge sowohl für EU-interne als auch externe



Herausforderungen im Bereich Rückführung/Rückübernahme sowie die wichtigsten Gesamtergebnisse der ersten jährlichen Bewertung der Kooperationsbereitschaft von Drittstaaten im Bereich Rückübernahme gemäß Art. 25a Visakodex.

Innerhalb der EU seien vor allem die sehr unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Rückführungen ein Hindernis. Daher sei ein gemeinsames EU-Rückkehrsystem zu etablieren, dessen Grundstein der Vorschlag für die Neufassung der Rückführungsrichtlinie sein müsse; ebenso erfordere ein solches gemeinsames System die Einbeziehung von Rückkehrpatenschaften und des Rückkehrkoordinators (wie im neuen Asyl- und Migrationspakt vorgeschlagen).

Die Bewertung der Kooperationsbereitschaft von Drittstaaten gemäß Art. 25a Visakodex ergab im Wesentlichen, dass die Zusammenarbeit bei fast einem Drittel der evaluierten Drittstaaten gut laufe, bei fast einem weiteren Drittel durchschnittlich. Bei mehr als einem Drittel aber bestehe Verbesserungsbedarf. Die vollständige Bewertung der Kooperationsbereitschaft gemäß Art. 25a Visakodex wurde dem Rat übermittelt. Auf dieser Basis könnte der Rat – auf Vorschlag der Kommission – eine restriktivere, aber auch eine großzügigere Umsetzung der Bestimmungen des Visakodex zulasten bzw. zugunsten eines Drittstaats beschließen.

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 10.02.2021](#)

[Mitteilung der Kommission zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Rückkehr und Rückübernahme](#)
(in englischer Sprache)

Bericht des Europäischen Parlaments zur Bewertung der Anwendung der Asylverfahrensrichtlinie

Das Europäische Parlament (EP) nahm in seiner Plenarsitzung vom 10.02.2021 einen Bericht an, der die Anwendung der Asylverfahrensrichtlinie (Richtlinie 2013/32/EU vom 26.06.2013) und insbesondere das in Art. 43 enthaltene beschleunigte Grenzverfahren bewertet. Zwar seien die EU-Staaten verpflichtet, die illegale Einreise in die EU zu verhindern, aber Grundrechte einschließlich des Rechts, Asyl zu beantragen, seien zu gewährleisten. Das EP ist besorgt über die Zunahme von Grundrechtsverletzungen an den Außengrenzen, einschließlich vieler Fälle, in denen Personen die Einreise verweigert wird, ohne dass ihre Asylanträge registriert werden. Die Inhaftierung von Asylsuchenden an den EU-Grenzen müsse die Ausnahme, nicht die Norm sein. Außerdem sollten unbegleitete Minderjährige niemals dem schnellen Grenzverfahren unterworfen werden.

Ein schnelleres Grenzverfahren ist auch in dem am 23.09.2020 vorgelegten Kommissionsvorschlag für einen neuen Asyl- und Migrationspakt vorgesehen.

[Pressemitteilung des EP vom 10.02.2021](#) (in englischer Sprache)



BEKÄMPFUNG VON KINDESMISSBRAUCH IM INTERNET

EU-Kommission startet Konsultation zur Vorbereitung neuer Rechtsvorschriften

Die EU-Kommission leitete am 11.02.2021 eine öffentliche Konsultation zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet ein, die sich mit illegalen Inhalten und dem Grooming von Kindern zu sexuellen Zwecken befasst. Nationale, regionale und lokale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Einzelpersonen sind eingeladen, sich bis zum 15.04.2021 an der Konsultation zu beteiligen. Die Ergebnisse werden in einen Vorschlag der Kommission für umfassende und langfristige Regeln zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet einfließen (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

Bis dahin setzt sich die Kommission für eine rasche Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über eine vorläufige Verordnung – vorgelegt am 10.09.2020 – ein, die sicherstellen soll, dass Anbieter von Online-Kommunikationsdiensten weiterhin auf freiwilliger Basis den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet aufdecken und melden sowie kinderpornografische Inhalte entfernen können (EB 20/20).

[Zur Konsultation](#)

CYBERSICHERHEIT

ENISA entwickelt Zertifizierungssystem für 5G-Netze

Die EU-Kommission hat am 03.02.2021 die Europäische Agentur für Cybersicherheit (ENISA) damit beauftragt, ein EU-Zertifizierungssystem für die Cybersicherheit von 5G-Netzen auszuarbeiten. Es soll dazu beitragen, Risiken im Zusammenhang mit technischen Schwachstellen der Netze zu beseitigen. Ein gemeinsames Zertifizierungssystem würde es den Unternehmen erleichtern, grenzüberschreitend zu handeln, und den Kunden, die Sicherheitsmerkmale eines bestimmten Produkts oder Dienstes zu verstehen. Die Entwicklung eines gemeinsamen Zertifizierungssystems wurde in der neuen EU-Cybersicherheitsstrategie (EB 20/20) angekündigt.

[Pressemitteilung ENISA vom 03.02.2021](#) (in englischer Sprache)

ENISA-Bericht zu Risiken im Zusammenhang mit KI in autonomen Fahrzeugen

Ein Bericht der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) und der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) vom 11.02.2021 befasst sich mit Cybersicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI) in autonomen Fahrzeugen und gibt Empfehlungen zu deren Entschärfung. Durch den Wegfall des menschlichen Fahrers sollen autonome Fahrzeuge Verkehrsunfälle und Todesfälle zwar reduzieren. Mithilfe künstlicher Intelligenz sammeln und analysieren diese Daten, um Entscheidungen zu treffen, die in konventionellen Autos von Menschen getroffen werden. KI-Systeme sind jedoch auch anfällig für vorsätzliche Angriffe, die darauf abzielen, das System zu stören und sicherheitskritische Funktionen zu unterbrechen. Eine



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 03/2021 vom 12.02.2021



Empfehlung des Berichts an die Automobilindustrie lautet daher, einen Security-by-design-Ansatz zu verfolgen, bei dem die Cybersicherheit von Anfang an zum zentralen Element des Designs wird.

[Pressemitteilung ENISA vom 11.02.2021](#)

[ENISA-JRC Bericht zu den Cybersicherheitsrisiken bei autonomem Fahren](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Rat legt seinen Standpunkt zur Verlängerung von Lizenzen im Güterverkehr fest

Am 03.02.2021 haben sich die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Mitgliedstaaten auf einen Standpunkt und ein Verhandlungsmandat zur vorübergehenden Verlängerung von bestimmten Lizenzen, Bescheinigungen und Genehmigungen im Güterverkehr (Omnibus 2) geeinigt. Bereits am 25.05.2020 hatte der Rat ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Verkehrssektors verabschiedet, dass die Flexibilisierung bestimmter Verwaltungsanforderungen während der COVID-19-Pandemie vorsieht (EB 09/20). Der Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2020/698 erstreckt sich beispielsweise auf Führerscheine, die technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Schifferpatente. Der aktuelle Standpunkt des Rates sieht vor, Lizenzen, Bescheinigungen und Genehmigungen, deren Gültigkeit zwischen dem 01.09.2020 und dem 30.06.2021 abläuft, um weitere zehn Monate zu verlängern. Der ursprüngliche Vorschlag sah einen Zeitraum vom 01.09.2020 - 30.04.2021 und eine Verlängerungsmöglichkeit um weitere sieben Monate vor. Die EU-Mitgliedstaaten sind nicht zur Anwendung der in der Verordnung vorgeschlagenen Verlängerung verpflichtet, müssen aber die Lizenzen, deren Gültigkeit in einem anderen Mitgliedstaat verlängert wurde, für ein Funktionieren des Binnenmarktes akzeptieren. Der Rat und das Europäische Parlament müssen sich noch auf den endgültigen Text verständigen, bevor die Vorschriften in Kraft treten können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Verordnung \(EU\) 2020/698](#)

LUFTVERKEHR

Kommission verabschiedet Durchführungsverordnung zum Flugverkehrsmanagement

Am 01.02.2021 hat die Kommission die Durchführungsverordnung „Common Project One“ (CP1) zur Verbesserung des Flugverkehrsmanagements verabschiedet. Damit soll der Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Regeln für einen einheitlichen europäischen Luftraum („Single European Sky“, SES 2+) vom 22.09.2020 unterstützt werden (EB 15/20). Die CP1-Verordnung schreibt die Einführung von sechs Funktionalitäten für das Flugverkehrsmanagement (ATM) vor. Diese betreffen u. a. das Ankunfts- und Abflugmanagement, die Flughafenintegration und das Luftraummanagement sowie den Informationsaustausch zwischen den Netzwerk-Managern. Die Vorgaben und der Zeitplan für deren Umsetzung sind für Fluggesellschaften, Flughäfen und Flugsicherungsorganisationen bindend. Durch das effizientere Flugverkehrsmanagement und moderne Technologien soll der Treibstoffverbrauch reduziert werden, um einen Beitrag bei der Erreichung der Ziele des „Green Deals“ zu leisten. Einzelheiten zu den Modalitäten der Umsetzung der CP1-Verordnung sollen im Rahmen eines Einführungsprogramms in der zweiten Hälfte 2021 vorgelegt werden. Die CP1-Verordnung wird nun im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage danach in Kraft.



[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[CP1-Durchführungsverordnung zum Luftverkehrsmanagement](#) (in englischer Sprache)

BAUEN UND WOHNEN

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* zur Zukunft der Stadt

Am 28.01.2021 hat sich Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* im Rahmen des Webinars „Urbane Zukunft mit Ziel“ zur künftigen Rolle der Stadt in der EU geäußert. Die COVID-19-Pandemie stelle neue Anforderungen an die Zukunft des Wohnens und der Mobilität. Im Sinne des „Green Deals“ spiele der Einbezug der Natur und von Nachhaltigkeitskonzepten im städtischen Leben eine wichtige Rolle. Als Vorzeigebispiel nennt die EU-Kommissionspräsidentin die finnische Stadt Lappeenranta als Trägerin des europäischen Preises „Green Leaf 2021“, die Millionen Tonnen an Industrieabfällen in innovative Baumaterialien verwandelt. Aus Sicht der Kommissionspräsidentin müssen die weltweiten Wiederaufbauprogramme von mehr als 10 Bio. € überwiegend in den Ausbau der Kreislaufwirtschaft fließen. Mehr als 100 Mrd. € an Mitteln aus den Kohäsionsfonds und 250 Mrd. € aus dem Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ sollen für „grüne Projekte“ verwendet werden, um Klimaneutralität und Null-Abfall in der EU zu erreichen. Dabei leistet auch das „Europäische Bauhaus“ einen wichtigen Beitrag, um Nachhaltigkeit und Design zu verbinden und die Ziele des „Green Deals“ für die Menschen anschaulich und erlebbar zu machen (EB 02/21).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Informelle Videokonferenz der Justizminister

Am 29.01.2021 fand die erste informelle Videokonferenz der EU-Justizministerinnen und -minister unter portugiesischen Vorsitz statt. Es gab einen Austausch zum Schutz besonders schutzbedürftiger Erwachsener in Europa und der Notwendigkeit der Ratifizierung der Haager Erwachsenenschutzübereinkommens von 2000. Weiter ging es um den Kampf gegen organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit Produktpiraterie. Dabei standen insbesondere Fälschungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten im Zentrum der Debatte. Zuletzt gab es einen Meinungsaustausch zu Fragen der Digitalisierung im Bereich der Justiz. Einigkeit bestand, dass die Nutzung von e-CODEX weiter beworben werden soll. Justizkommissar *Reynders*, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm, appellierte an die Mitgliedstaaten, der Digitalisierung der Justiz Priorität einzuräumen.

[Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet: EU-Kommission startet Konsultation zur Vorbereitung neuer Rechtsvorschriften

Am 11.02.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet. Die Ergebnisse werden in einen Vorschlag der Kommission für umfassende und langfristige Regeln einfließen. Bereits im Juli 2020 hatte die Kommission eine EU-Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs vorgelegt. In dieser Strategie verpflichtete sie sich zum einen, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet wirksamer zu bekämpfen. Dabei geht es insbesondere um Meldepflichten von sexuellem Kindesmissbrauch durch Online-Unternehmen an Strafverfolgungsbehörden. Zum anderen kündigte die Kommission darin die Einrichtung eines Europäischen Zentrums zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern an. Bis 15.04.2021 besteht die Möglichkeit, sich an der Konsultation zu beteiligen. Im zweiten Quartal 2021 plant die Kommission die Vorlage eines Verordnungsvorschlages (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Zur Konsultation](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Kommission startet öffentliche Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Am 08.02.2021 startete die Kommission zwei öffentliche Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Zum einen sollen die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt überprüft und dabei insbesondere Regelungslücken ermittelt werden. Zum anderen konsultiert die Kommission zu einer geplanten Gesetzesinitiative im vierten Quartal 2021 zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Ziel dieser Gesetzesinitiative ist es insbesondere, die Vorgaben der Istanbul Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) umzusetzen. Zwar haben alle EU-Mitgliedstaaten diese Konvention



unterzeichnet, allerdings haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Litauen, Lettland, Slowakei – und die EU selbst die Konvention nicht ratifiziert. Rückmeldungen zu beiden Konsultationen sind bis 10.05.2021 möglich (siehe hierzu auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

[Zur Konsultation: Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt – Eignungsprüfung der EU Rechtsvorschriften](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Zur Konsultation: Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt – Opfer schützen und Täter bestrafen](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Am 08.02.2021 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt ein. Die Konsultation läuft bis 03.05.2021. Im dritten Quartal 2021 soll ein Richtlinienvorschlag vorgelegt werden. Die Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (2008/99/EG) wurde von der Kommission in den Jahren 2019/2020 evaluiert. Das Ergebnis habe gezeigt, dass die Ziele der Richtlinie nur teilweise erreicht werden konnten. Gründe dafür seien u. a. ein zu enger Anwendungsbereich der Richtlinie, teils unklar formulierte Rechtsbegriffe, aber auch eine zu geringe Verfolgung und Bestrafung von Umweltstraftaten in den Mitgliedstaaten (EB 18/20). Die Konsultation richtet sich insbesondere auch an Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie an Richterinnen und Richter (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Zur Konsultation](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Evaluierung der Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt](#) (in englischer Sprache)

[Anhänge der Evaluierung](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2021

Am 01.02.2021 startete die Kommission eine Konsultation zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2021. Bis 08.03.2021 können sich Organisationen und Interessensträger, die in den unterschiedlichen Bereichen der Rechtsstaatlichkeit tätig sind, daran beteiligen. Der Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission war letzten Herbst erstmals erschienen (EB 16/20). Ziel des Berichts war es, die wichtigsten – positiven und negativen – Entwicklungen innerhalb der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit zu beleuchten. Durch einen kohärenten und gleichwertigen Ansatz soll zudem Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedstaaten hergestellt werden. Der Bericht ist ferner die Basis des Rechtsstaatsdialogs im Rat. Der Rechtsstaatlichkeitsbereich 2021 soll im Juli angenommen werden. Von März bis Mai sind (virtuelle) Länderbesuche geplant.

[Zur Konsultationsseite](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Horizon Europe mit Launch Event offiziell gestartet

Am 02.02.2021 hat die portugiesische Ratspräsidentschaft zusammen mit der Kommission die Förderphase des neuen Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa im Rahmen eines virtuellen Launch Events offiziell eingeläutet. Dem Programm, zu dem die deutsche Ratspräsidentschaft Ende 2020 eine politische Einigung erzielen konnte, stehen für die Jahre 2021 - 2027 insgesamt rund 95 Mrd. € zur Förderung von Forschung und Innovation zur Verfügung. Bei dem Event kamen eine Vielzahl von Rednerinnen und Rednern zu Wort, darunter Forschungskommissarin *Mariya Gabriel*, Bundesforschungsministerin *Anja Karliczek*, der Berichterstatter für das Spezifische Programm zu Horizont Europa im Europäischen Parlament, MdEP *Christian Ehler* sowie der Vorsitzende des ITRE-Ausschusses, MdEP *Cristian Silviu Buşoi*. Sie betonten u. a. die zentrale Rolle von Forschung und Innovation für den digitalen und grünen Wandel in Europa. Kommissarin *Gabriel* kündigte dabei auch noch einmal einen Vorschlag für einen „Pakt für Forschung und Innovation in Europa“ an, mit dem die europäische Kooperation noch weiter gestärkt werden soll.

Zum endgültigen Inkrafttreten des Programms sind noch einige wenige formale Schritte nötig. Erste Ausschreibungen werden für April 2021 erwartet.

[Informationen der portugiesischen Ratspräsidentschaft zu dem Launch Event](#) (in englischer Sprache)

Informelles Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister

Am 03.02.2021 fand ein informelles Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister unter Vorsitz des portugiesischen Ministers *Manuel Heitor* per Videokonferenz statt. Schwerpunkt des Austausches war das Thema „Forscherkarrieren im Europäischen Forschungsraum“, zu dem die portugiesische Ratspräsidentschaft auch Ratsschlussfolgerungen verabschieden möchte. Ziel sei es, den Beruf des Wissenschaftlers in Europa attraktiver zu machen und hierfür u. a. Arbeitsbedingungen und Mobilitätsmöglichkeiten zu verbessern. In einer ausführlichen und vielschichtigen Diskussion wurde u. a. angeregt, Wissenschaftlerkarrieren besser nachzuvollziehen und die Europäische Charta für Forschende („Charta und Code“) von 2009 zu überarbeiten. Auch der Initiative der Europäischen Hochschulnetzwerke wurde von vielen Delegationen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zugesprochen.

[Informationen der portugiesischen Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor

Am 03.02.2021 hat die Kommission ihren Plan zur Krebsbekämpfung vorgestellt. Der Plan beinhaltet ein EU-weites, viele Politikbereiche umfassendes Konzept für den gesamten Krankheitspfad von der Krebsprävention bis hin zur Förderung der Lebensqualität von Krebskranken und -überlebenden (siehe hierzu auch Beitrag des



StMGP in diesem EB). Der Plan ist eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Prioritäten der amtierenden Kommission unter Präsidentin *von der Leyen*.

Forschung und Innovation spielen dabei eine zentrale Rolle bei dem Ziel, die Diagnosen, Therapien und Behandlungen und Präventionsstrategien zu verbessern. So wird u. a. eine der fünf neu eingeführten Missionen unter dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa dem Thema „Krebs“ gewidmet. Diese Mission wird eine Hauptkomponente der Investitionen der EU in die Forschung und Innovation gegen Krebs bilden. Weitere Beispiele sind Pläne für ein Wissenszentrum für Krebs bei der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Kommission noch in diesem Jahr sowie ein EU-weites Netzwerk onkologischer Spitzenzentren bis zum Jahr 2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission „Europas Plan gegen den Krebs“](#)

Politische Einigung zur Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) erzielt

Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft hat am 28.01.2021 eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zur überarbeiteten Verordnung des Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) sowie über dessen Strategische Innovationsagenda (SIA) für die Jahre 2021 - 2027 erzielt. Das 2008 gegründete EIT mit Sitz in Budapest gehört zur dritten Säule („Innovatives Europa“) von Horizont Europa und soll die Innovationsleistungen der EU durch Synergien und Zusammenarbeit zwischen Hochschulbildung, Forschung und Innovation fördern.

Mit der Überarbeitung wird die Arbeit des EIT an das neue Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ angepasst. Weitere wichtige Inhalte sind die Vergrößerung der geografischen Reichweite, um innovationschwächere Regionen besser zu fördern. Außerdem soll eine neue Pilotinitiative die unternehmerische und innovative Kapazität von Hochschuleinrichtungen stärken.

Gemäß der Einigung werden zwei neue Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Communities, KIC) gegründet, und zwar in den Bereichen Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Wasser-, Meeres- und maritime Sektoren und Ökosysteme. Die KIC zur Kultur- und Kreativwirtschaft soll voraussichtlich im dritten Quartal 2021 ausgeschrieben werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des EIT](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Kommission legt neue Konjunkturprognose und sieht Europa weiter im Griff der COVID-19-Pandemie

Am 11.02.2021 veröffentlichte die Kommission ihre jährliche [Winterprognose](#) zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Sie bietet einen Ausblick auf die makroökonomische Situation in der EU, im Euroraum sowie den Mitgliedstaaten dieses und nächstes Jahr: Der erneute Anstieg der Fallzahlen und neue, ansteckendere Virusstämme hätten viele Mitgliedstaaten gezwungen, Eindämmungsmaßnahmen wieder einzuführen oder zu verschärfen. Zugleich gebe der Beginn der Impfprogramme in der gesamten EU Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Daher erwartet die Kommission in der EU 2021 ein BIP-Wachstum von 3,7 % (2022: 3,9 %) und im Euroraum von 3,8 % in beiden Jahren. V. a. wegen stärkerer Dynamik in der zweiten Jahreshälfte 2021 und 2022 werde die EU-Wirtschaft das Produktionsniveau vor der Krise wohl früher erreichen als laut Herbstprognose (EB 18/20) – in einigen Mitgliedstaaten bis Ende 2021 oder Anfang 2022. Die Erholungsgeschwindigkeit werde jedoch sehr unterschiedlich sein, u. a. da einige Länder stärker unter der Pandemie gelitten hätten als andere. Auch seien einige Länder stärker von Sektoren wie Tourismus abhängig, die wohl noch einige Zeit schwach bleiben. Für [Deutschland](#) prognostiziert die Kommission 2021 einen Anstieg des realen BIP um 3,2 %, so dass es zum Jahreswechsel wieder das Vorkrisenniveau erreiche; 2022 dürfte es weiter um 3,1 % wachsen. Die Inflation im Euroraum und in der EU wird laut Kommission 2021 etwas höher sein als im vergangenen Herbst, aber trotz vorübergehenden Anstiegs durch Basiseffekte gedämpft bleiben.

Jährliche Inflation im Euroraum steigt zum Jahresstart überraschend kräftig auf 0,9 %

Wie das statistische Amt der EU, Eurostat, am 03.02.2021 [mitteilte](#), betrug die jährliche Inflationsrate im Euroraum laut Schnellschätzung im Januar 2021 0,9 %, gegenüber -0,3 % im Dezember (EB 02/21). Volkswirte hatten lediglich mit einer Inflation von 0,5 % gerechnet. Bei den Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum erwartet Eurostat, dass die Warengruppe Lebensmittel, Alkohol und Tabak im Januar wieder die höchste jährliche Rate aufweist – 1,5 %, gegenüber 1,3 % im Dezember. Danach würden Dienstleistungen mit 1,4 % (0,7 % im Dezember) und Industriegüter ohne Energie mit ebenfalls 1,4 % (-0,5 % im Dezember) folgen. Nur die Energiepreise sanken weiter, sie verringerten sich im Vergleich zum Januar 2020 um 4,1 % (-6,9 % im Dezember). Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vormonat im Januar um 0,2 %. In Deutschland betrug die jährliche Inflationsrate laut Eurostat im Januar 1,6 % (-0,7 % im Dezember) und die monatliche 1,4 % (0,6 % im Dezember). Von den 17 Ländern, für die Eurostat Daten vorliegen, sei die niedrigste Inflation in Griechenland (-2,3 %), Zypern (-0,6 %) und Lettland (-0,5 %) verzeichnet worden. Die höchsten Raten seien in den Niederlanden (1,7 %), Deutschland und Luxemburg (1,0 %) gemessen wurden. Ökonomen erwarten in den kommenden Monaten weiter steigende Verbraucherpreise. Sie gehen jedoch davon aus, dass sich der Anstieg eher in Grenzen halten dürfte – wohl nicht nachhaltig über Niveaus von mehr als 1,3 %.



EU-HAUSHALT

EU-Wiederaufbaufonds: Europäisches Parlament stimmt für Aufbau- und Resilienzförderung in Höhe von 672,5 Mrd. €

Am 10.02.2021 [nahm](#) das Europäische Parlament (EP) die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) mit 582 Ja-Stimmen zu 40 Gegenstimmen bei 69 Enthaltungen an. Sie legt Ziele und Finanzierung der 672,5 Mrd. € umfassenden ARF sowie die Regeln für den Zugriff auf die Fördermittel fest. Die ARF soll als Kern des Wiederaufbauinstruments „[Next Generation EU](#)“ von insgesamt 750 Mrd. € den Mitgliedstaaten durch Zuschüsse und Kredite helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen. Dabei sollen Klimaschutz, Krisenfestigkeit, der digitale Wandel und bessere Chancen für die junge Generation im Vordergrund stehen. Die ARF-Fördermittel sind auch an die Achtung des Rechtsstaatsprinzips und der EU-Grundwerte geknüpft. Um Gelder in Anspruch nehmen zu können, müssen die Mitgliedstaaten bis 30.04.2021 nationale Reform- und Investitionspläne vorlegen. Dafür können sie dann eine Vorfinanzierung von max. 13 % beantragen. Rückwirkende Projektförderungen sind ab 01.02.2020 möglich, und die ARF-Mittel stehen drei Jahre zur Verfügung. Min. 37 % der Ausgaben in den nationalen Plänen müssen in den Klimaschutz fließen, min. 20 % in den digitalen Wandel. Sobald der Rat die ARF-Verordnung formell gebilligt hat, wird sie einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Zuständig für die Umsetzung und Überwachung der ARF ist dann die Kommission.

STEUER

Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments fordert starkes britisches Engagement gegen Steuerdumping

Am 01.02.2021 verabschiedete der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (ECON) mit 47 Ja-Stimmen zu 4 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen seine [Stellungnahme](#) zum Abkommen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK). Die Stellungnahme, die die Form eines Schreibens hat, ist für die Parlamentsausschüsse „Auswärtige Angelegenheiten“ und „Internationaler Handel“. In dem Text bedauert der ECON, dass Besteuerung und Geldwäschebekämpfung nicht Teil des Ausgleichsmechanismus des Abkommens seien, der eine Angleichung der sich entwickelnden Standards ermögliche. Auch betonen die Abgeordneten, der Rahmen für die künftige regulatorische Zusammenarbeit zwischen der EU und dem VK im Bereich Finanzdienstleistungen müsse durch starke Verpflichtungen zur Verhinderung von Steuerbetrug, aggressiver Steuerhinterziehung und Geldwäsche untermauert werden. So solle die EU die Zusammenarbeit mit dem VK bei Besteuerung und Geldwäschebekämpfung im Kontext der anstehenden Entscheidung über die Gleichwertigkeit von Finanzdienstleistungen im VK prüfen. Die Stellungnahme spiegelt damit weitgehend die von den Abgeordneten während der vorangegangenen [Anhörung](#) zum Abkommen geäußerten Bedenken über die Schaffung eines „Steuerparadieses“ vor den Toren der EU wider.



Überprüfung der Mehrwertsteuer bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen: Kommission startet öffentliche Konsultation

Am 08.02.2021 leitete die Kommission die öffentliche [Konsultation](#) zur Überprüfung und Novellierung der Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ein. Sie läuft bis zum 03.05.2021; die Teilnahme ist online oder per E-Mail möglich. Zur Begründung für ihre [Gesetzgebungsinitiative](#) in diesem Bereich führt die Kommission Kritik an, wonach die derzeitigen Mehrwertsteuervorschriften für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu komplex seien; ihre Anwendung sei zu schwierig. Die Vorschriften hätten auch nicht mit der Entwicklung neuer Dienstleistungen in dieser Branche Schritt gehalten. Dies habe anscheinend zu mangelnder Neutralität der Mehrwertsteuer geführt, d. h. Unternehmen könnten im Zusammenhang mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen keine Rückerstattung der Mehrwertsteuer beantragen. Außerdem gebe es möglicherweise Rechtsunsicherheit für Unternehmen sowie hohe Verwaltungs- und Regulierungskosten. Nach der nun begonnenen Konsultation plant die Kommission ihren Richtlinienvorschlag für das vierte Jahresquartal 2021. Neue Mehrwertsteuervorschriften gehören zum [Paket für eine faire und einfache Besteuerung](#), zu dem die Kommission am 15.07.2020 einen [Aktionsplan](#) mit 25 Initiativen veröffentlicht hatte (EB 13/20). Sie sollen bis 2024 umgesetzt werden. Ziel des Aktionsplans ist u. a., steuerliche Hindernisse und unnötigen Verwaltungsaufwand für Unternehmen im EU-Binnenmarkt zu beseitigen.

Neue Kommissionsinitiative zur Verringerung der Mehrwertsteuerlücke: Mitteilung geplant

Am 03.02.2021 veröffentlichte die Kommission eine neue [Initiative](#) zur Verringerung der Mehrwertsteuerlücke samt dazugehörigem Fahrplan: Danach möchte sie im ersten oder zweiten Jahresquartal 2021 eine Mitteilung veröffentlichen, die den Mitgliedstaaten dabei helfen solle, die sog. Mehrwertsteuerlücke zu verringern – also die Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlich eingekommenen Mehrwertsteuerbeträgen. Denn die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (MwSt) seien für die Haushalte der Mitgliedstaaten und der EU von entscheidender Bedeutung. Die Fähigkeit der nationalen Steuerverwaltungen, die MwSt zu erheben, werde daher eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie spielen. Die geplante Mitteilung solle sich darauf konzentrieren, Beispiele für bewährte Verfahren zu geben, die zu konkreten positiven Ergebnissen für das MwSt-Erhebungssystem in den Mitgliedstaaten geführt hätten, und deren Einführung unterstützen. Laut Kommission zeigen Statistiken, dass es aktuell erhebliche Unterschiede zwischen den nationalen Mehrwertsteuerlücken der Mitgliedstaaten gebe. Diese reichten von einem Maximum von mehr als 33 % bis zu einem Minimum von weniger als 1 %. Die gesamte MwSt-Lücke in der EU habe 2018 rund 140 Mrd. € betragen (EB 14/20). Bis zum 03.03. nimmt die Kommission online Rückmeldungen zu ihrem neuen Fahrplan entgegen.

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#) (auch auf Deutsch abrufbar)



Kommission startet Konsultation zu Verbrauchsteuern auf im Ausland gekauftem Alkohol und Tabak

Am 29.01.2021 leitete die Kommission eine neue öffentliche [Konsultation](#) zur Überarbeitung der Verbrauchsteuervorschriften für im Ausland gekauften Alkohol und Tabak ein. Sie läuft zwölf Wochen bis zum 23.04.2021. Die Teilnahme ist per [Online-Fragebogen](#) oder E-Mail möglich. Zur Begründung der [Gesetzgebungsinitiative](#) führt die Kommission aus, dass nach den derzeit geltenden [Verbrauchsteuervorschriften](#) auf Alkohol und Tabak, die Privatpersonen für den Eigenbedarf kaufen, nur in dem Land Verbrauchsteuern anfallen würden, in dem die Waren gekauft worden seien. Dies sei auch der Fall, wenn Privatpersonen diese Waren in einen anderen Mitgliedstaat bringen. Wegen Einnahmeverlusten und negativen Folgen für die Wirksamkeit nationaler gesundheitspolitischer Maßnahmen gebe der Missbrauch der Vorschriften für den grenzüberschreitenden Einkauf durch Privatpersonen aber sowohl bei Alkohol als auch bei Tabakwaren in einigen Ländern Anlass zur Sorge. Die EU-Vorschriften werden daher laut Kommission überprüft, damit sie weiterhin die öffentlichen Einnahmen und den Gesundheitsschutz in Einklang bringen könnten. Dies sei besonders wichtig im Zusammenhang mit dem [EU-Aktionsplan zur Krebsbekämpfung](#) (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB). Denn die Besteuerung spiele eine entscheidende Rolle bei der Verringerung des Alkohol- und Tabakkonsums – insbesondere, wenn es darum gehe, junge Menschen vom Rauchen und vom Alkoholmissbrauch abzuhalten.

[Webseite der Kommission zu Verbrauchsteuern](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Europäisches Parlament: Europäische Zentralbank soll sich auf drohende wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten

In seinem [Jahresbericht vom 10.02.2021](#) zur Europäischen Zentralbank (EZB) fordert das Europäische Parlament (EP) die EZB auf, andere politische Maßnahmen als die derzeitigen zu prüfen, um die EU-Wirtschaft anzukurbeln. Denn deren Aussichten verdüstern sich aus Sicht der Abgeordneten. Die EP-Entscheidung folgte auf die [Debatte](#) mit EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* am 08.02.2021 und wurde mit 533 Stimmen bei 94 Gegenstimmen und 63 Enthaltungen angenommen. Danach könne eine Deflation im Euroraum consequentes Eingreifen der EZB rechtfertigen. Die niedrigen Leitzinsen haben laut EP aber nicht allen gleich genützt. Auch fordern die Abgeordneten, die EZB-Maßnahmen müssten mit Reformen und steuerlichen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten einhergehen. So erklärte der Berichterstatter, MdEP *Sven Simon* (EVP, DE), Geldpolitik allein werde für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen. In der Debatte zeigte sich Uneinigkeit, wie weit die EZB mit neuen Maßnahmen zur Unterstützung der EU-Volkswirtschaften gehen sollte: Alle warnten, die Unterstützung zu früh zurückzuziehen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt voreilig wieder anzuwenden, jedoch blieben Differenzen zur EZB-Rolle und der Möglichkeit, Mitgliedstaaten Schulden z. T. zu erlassen. Laut Präsidentin *Lagarde* ist eine konjunkturstützende Geldpolitik weiter nötig, Fiskalpolitik bleibt entscheidend, und die EZB möchte künftig verstärkt in „grüne“ Anleihen investieren.



Europäische Zentralbank: Europäisches Parlament stimmt Ernennung des neuen Vizepräsidenten des Bankenaufsichtsgremiums zu

Am 08.02.2021 [stimmte](#) das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit der Ernennung des neuen Direktoriumsmitglieds *Frank Elderson* der Europäischen Zentralbank (EZB) zum stellvertretenden Vorsitzenden des EZB-Bankenaufsichtsgremiums zu – mit 572 Ja-Stimmen bei 71 Gegenstimmen und 50 Enthaltungen. Das EP plädierte dabei erneut dafür, dass alle EU-Gremien und -Organe spezifische Maßnahmen ergreifen sollten, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern bei der Besetzung hochrangiger europäischer Positionen zu gewährleisten. Der Niederländer *Elderson*, der am 15.12.2020 in das EZB-Direktorium eintrat (EB 19/20), wird im Aufsichtsgremium ebenfalls die Nachfolge von *Yves Mersch* (Luxemburg) antreten. Dessen Amtszeit als stellvertretender Vorsitzender endete am 14.12.2020 zusammen mit seiner Amtszeit im Direktorium. Nach der Verordnung über den einheitlichen EU-Bankenaufsichtsmechanismus muss der stellvertretende Vorsitzende des Bankenaufsichtsgremiums Mitglied des EZB-Direktoriums sein. Das EZB-Direktorium besteht z. Zt. aus vier Männern und zwei Frauen – Präsidentin *Christine Lagarde* und *Isabel Schnabel* aus Deutschland. Vorgeschlagen für das Bankenaufsichtsgremium hatte den Niederländer *Elderson* der EZB-Rat, und der Europäische Rat dessen Ernennung im Dezember 2020 gebilligt. Nach der Zustimmung des EP müssen die Mitgliedstaaten jetzt im Rat noch einen Durchführungsbeschluss zur Ernennung erlassen.

Europäische Zentralbank erweitert bilaterale Euro-Liquiditätslinien mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums

Wie die die Europäische Zentralbank (EZB) am 04.02.2021 bekanntgab, beschloss sie im Dezember 2020, die temporären Euro-Liquiditätslinien um neun Monate – d. h. bis März 2022 – zu verlängern. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino, Serbien und Ungarn hätten zugestimmt, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien mit der EZB bis März 2022 zu verlängern. Die Liquiditätslinien waren zuvor bis Juni 2021 befristet. Sie wurden Anfang 2020 eingerichtet, um Finanzinstituten in den jeweiligen Ländern über die nationalen Zentralbanken Euro-Liquidität zur Verfügung zu stellen. Ziel sei es, einen möglichen Euro-Liquiditätsbedarf in Ländern außerhalb des Euroraums bei Marktstörungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zu decken (EB 11/20). Darüber hinaus sollen sie Rückkopplungseffekte auf die Finanzmärkte und Volkswirtschaften des Euroraums verhindern, die die reibungslose Übertragung der EZB-Geldpolitik beeinträchtigen könnten. Durch eine sog. Swap-Linien-Vereinbarung könne so die kroatische Nationalbank (Hrvatska narodna banka) bis zu 2 Mrd. € von der EZB im Tausch gegen kroatische Kuna leihen. Die übrigen Zentralbanken hätten mit der EZB sog. Repo-Linien vereinbart: Gegen adäquate, auf Euro lautende Sicherheiten könne sich etwa die rumänische Nationalbank (Banca Națională a României) bis zu 4,5 Mrd. € leihen und die ungarische (Magyar Nemzeti Bank) bis zu 4 Mrd. €.

[Pressemitteilung der EZB zu den Euro-Liquiditätslinien vom 04.02.2020](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNEMARKT UND INDUSTRIE

Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor

Die Kommission hat am 03.02.2021 den europäischen Krebsbekämpfungsplan vorgelegt. Der Plan stellt auf vier Hauptaktionsbereiche ab: Prävention, Früherkennung, Diagnose und Behandlung sowie Verbesserung der Lebensqualität. Die Kommission schlägt u. a. die Überarbeitung der EU-Gesetzgebung über Tabakerzeugnisse und alkoholische Getränke, verpflichtende Nährwertkennzeichnungen auf Lebensmittelverpackungen, die Überarbeitung der Luftqualitätsnormen, die Einrichtung einer Plattform zur Verbesserung des Zugangs zu Krebsmedikamenten, die Gründung eines EU-Wissenszentrums für Krebs sowie den Start neuer Forschungsprojekte vor (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Elektronische Kommunikation: Rat nimmt allgemeine Ausrichtung zur e-Privacy-Verordnung an

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hat am 10.02.2021 eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation (ePrivacy-VO) und das Verhandlungsmandat mit dem Europäischen Parlament (EP) angenommen. Die Verordnung regelt die Verarbeitung elektronischer Kommunikationsdaten und gilt als lex specialis zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die Kommission hatte ihren Vorschlag im Januar 2017 vorgelegt, das EP hatte seine Position bereits im Oktober 2017 (EB 18/17) angenommen. In einem nächsten Schritt können nun die Trilog-Verhandlungen beginnen.

Der vom AStV angenommene Text umfasst in seinem Anwendungsbereich elektronische Kommunikationsinhalte, die über öffentlich zugängliche Dienste und Netze übermittelt werden, sowie Metadaten (z. B. Ort oder Uhrzeit der Kommunikation). Ebenfalls umfasst sind Maschine-zu-Maschine-Daten, die über ein öffentliches Netz übermittelt werden.

Bei der Verwendung von Cookies soll den Endnutzern eine echte Wahl zukommen, diese oder ähnliche Anwendungen zu akzeptieren. Der Zugang zu einer Webseite darf von einer Einwilligung nur abhängig gemacht werden, sofern dem Nutzer alternativ ein gleichwertiges Angebot des gleichen Anbieters zur Verfügung steht.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kapitalmarktunion: Rat bestätigt Trilogeinigung zur Änderung der Benchmark-VO für kritische Referenzwerte

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hat am 02.02.2021 die Änderungen der Verordnung über kritische Referenzwerte nach der politischen Einigung am 30.11.2020 (EB 20/20) angenommen. Durch die



geänderte Verordnung soll sichergestellt werden, dass die Finanzstabilität der EU nach der Einstellung des Referenzwerts London Interbank Offered Rate (LIBOR) gewahrt bleibt. Die Kommission hat nun die Möglichkeit, einen Ersatz-Referenzwert zu benennen, wenn dies notwendig ist. Das Europäische Parlament hat die Einigung bereits am 19.01.2021 bestätigt (EB 02/21), einen Tag nach der Veröffentlichung der Verordnung im EU-Amtsblatt tritt diese in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Text der Verordnung](#)

Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen 24 Mitgliedstaaten wegen Nichtumsetzung des Kodex für europäische Kommunikation ein

Die Kommission hat am 04.02.2021 gegen Deutschland und 23 weitere Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation eingeleitet. Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie endete am 21.12.2020 und nur Griechenland, Ungarn und Finnland haben gegenüber der Kommission erklärt, die Richtlinie vollständig umgesetzt zu haben. An die übrigen Mitgliedstaaten richtete die Kommission daher förmliche Aufforderungsschreiben zur unverzüglichen Umsetzung der einschlägigen Maßnahmen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit darauf zu reagieren.

Der europäische Kodex für elektronische Kommunikation zielt darauf ab, den europäischen Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation zu modernisieren und die Rechte der Verbraucher zu verbessern. Zudem sollen die Vorschriften den Betreibern Anreize für Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität bieten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Kartellrecht: Kommission akzeptiert Verpflichtungszusagen von Aspen zur Senkung von Preisen für Krebsarzneimittel

Die Kommission hat am 10.02.2021 die Verpflichtungszusagen von Aspen nach den EU-Kartellvorschriften für bindend erklärt. Das weltweit tätige Pharmaunternehmen mit Sitz in Südafrika und mehreren Tochtergesellschaften in Europa, darunter auch in München, muss demnach seine Preise für sechs unentbehrliche patentfreie Krebsmedikamente in Europa um durchschnittlich 73 % senken und eine längerfristige Versorgung mit diesen Arzneimitteln gewährleisten. Im Mai 2017 hatte die Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Unternehmen eingeleitet, da sie ernsthafte Bedenken hatte, dass Aspen seine marktbeherrschende Stellung auf zahlreichen nationalen Märkten missbraucht haben könnte durch exzessiv überhöhte Preise. Hierzu hatte die Kommission im Juli 2020 Stellungnahmen der Interessenträger eingeholt (EB 13/20). Die von Aspen gemachten Verpflichtungszusagen bleiben nun zehn Jahre lang in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache](#)



EU-Kartellrecht: Kommission leitet eingehende Untersuchung gegen Mondelēz ein

Die Kommission hat am 28.01.2021 eine eingehende Untersuchung nach den EU-Kartellvorschriften gegen den Schokoladenhersteller Mondelēz eingeleitet. Sie möchte feststellen, ob das Unternehmen den Wettbewerb auf einer Reihe internationaler Märkte für Schokolade, Kekse und Kaffee behindert und dadurch gegen das EU-Kartellrecht verstößt. Aus Sicht der Kommission könnte Mondelēz den zwischen EU-Mitgliedstaaten erfolgenden sogenannten „Parallelhandel“ mit seinen Produkten mittels Vereinbarungen und einseitigen Handelspraktiken beschränkt haben und dadurch zu höheren Preisen für Verbraucher beigetragen haben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch Daimler und Volvo

Die Kommission hat am 05.02.2021 die Gründung des neuen Gemeinschaftsunternehmens Daimler Truck Fuel Cell mit Sitz in Deutschland durch die deutsche Daimler Truck AG und dem schwedischen Unternehmen Aktiebolaget Volvo genehmigt. Die Tätigkeit des Gemeinschaftsunternehmens ist auf die Entwicklung, die Produktion und den Vertrieb von Wasserstoff-Brennstoffzellensystemen v. a. für schwere Lkw ausgerichtet. Volvo stellt weltweit u. a. Off-Highway-Lkw, Busse, Baumaschinen sowie Schiffs-, On-Highway- und Industriemotoren her und vertreibt diese. Daimler ist im Bereich der Entwicklung, Fertigung und im Vertrieb weltweiter Automobilprodukte tätig. Die Kommission kam zu der Auffassung, dass der Gründung keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken entgegenstehen.

[Daily News der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9857](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Politische Einigung zur Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut erzielt

Die Verhandlungsführer von Europäischem Parlament, Rat und Kommission haben am 28.01.2021 eine politische Einigung zu Änderungen der Verordnung über das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und einen Beschluss über die künftige Strategische Innovationsagenda erzielt. Das EIT ist integraler Bestandteil des künftigen Forschungs- und Rahmenprogramms Horizont Europa und soll die Innovationsleistungen der EU durch Synergien und Zusammenarbeit zwischen Hochschulbildung, Forschung und Innovation fördern. Im Rahmen der neuen Strategischen Innovationsagenda zum EIT sollen zwei neue Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Communities, KIC) in den Bereichen Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Wasser-, Meeres- und maritime Sektoren und Ökosysteme gegründet werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)



AUßENWIRTSCHAFT

EU-Japan: Stärkung der Handelsbeziehungen bei Fahrzeugen und Wein

Am 01.02.2021 jährte sich das zwischen der EU und Japan geschlossene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EB 03/19) zum zweiten Mal. In Zuge dessen vereinbarten der Gemischte Ausschuss unter dem gemeinsamen Vorsitz von Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* und dem japanischen Außenminister *Toshimitsu Motegi* die Erweiterung der Liste der geschützten geografischen Angaben mit 28 weiteren Erzeugnissen. Hierdurch soll der Handel mit Wein und Fahrzeugen zwischen Japan und der EU weiter verbessert werden.

Für den Export von Fahrzeugen einigten sich beide Seiten darauf, die Liste der Sicherheitsanforderungen, für die keine doppelte Genehmigung erforderlich ist, zu erweitern. Dazu gehören u. a. Hybridfahrzeuge und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge. Durch die Vereinfachung der Verfahren für die Beantragung und den Erhalt von Zollpräferenzen soll es für EU-Unternehmen künftig leichter werden, nach Japan zu exportieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

ENERGIE

Kommission startet öffentliche Konsultation zu Vorschriften über Methan im Energiesektor

Die Kommission hat am 05.02.2021 eine öffentliche Konsultation für eine geplante Verordnung zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor eingeleitet. Demnach sollen verbindliche Regeln zur Überwachung, Meldung, Überprüfung und Erkennung eines möglichen Methanaustritts sowie zu erforderlichen Reparaturen im Energiesektor geschaffen werden, um so zur Verwirklichung der EU-Klimaziele beizutragen. Die Annahme des Vorschlags durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 01.05.2021.

[Zur Konsultation](#)

Folgenabschätzung zur Überarbeitung der EU-Gasvorschriften

Die Kommission hat am 10.02.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für eine geplante Verordnung zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für den Marktzugang von Gasnetzen veröffentlicht. Hierdurch sollen Anbietern von erneuerbaren und CO₂-armen Gasen der Markteintritt erleichtert werden und unangemessene rechtliche Hindernisse beseitigt werden. Zudem soll die Überarbeitung zur Umsetzung der Ziele des europäischen Green Deals beitragen. Eine öffentliche Konsultation ist für das zweite Quartal 2021 geplant, die Annahme des Vorschlags durch die Kommission für das vierte Quartal 2021. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 10.03.2021.

[Zur Initiative](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäisches Parlament nimmt Entschließung zum Neuen Aktionsplan Kreislaufwirtschaft an

Am 10.02.2021 hat das Europäische Parlament mit 574 zu 22 Stimmen bei 95 Enthaltungen eine Entschließung zum Neuen Aktionsplan Kreislaufwirtschaft angenommen, der von der Kommission im März 2020 vorgelegt worden war. Darin wird die Kommission aufgefordert, konkrete Ziele vorzuschlagen, um bis spätestens 2050 eine CO₂-neutrale, nachhaltige, giffreie und geschlossene Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Gefordert werden verbindliche 2030-Ziele, mit denen der Material- und Konsumfußabdruck der EU verringert wird und die den gesamten Lebenszyklus aller Erzeugnisse auf dem EU-Markt abdecken, wofür die Kommission noch 2021 harmonisierte Indikatoren vorlegen soll. Im Rahmen der geplanten Ausweitung des Geltungsbereichs der Ökodesign-RL auf nicht energieverbrauchsrelevante Produkte sollen Vorschläge zu horizontalen Nachhaltigkeitsprinzipien und produktspezifischen Standards für Leistung, Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit vorgelegt werden, um Unternehmen an „Greenwashing“ und geplanter Obsoleszenz zu hindern. Zudem enthält der Bericht Forderungen nach verbindlichen produkt- bzw. sektorspezifischen Zielen für einen Rezyklateil, einem Recht auf Reparatur mit Zugang zu Ersatzteilen und erschwinglichen Reparaturdiensten und einem digitalen Produktpass mit Informationen zur Reparierbarkeit, zum sozialen und ökologischen Fußabdruck und zur Rückverfolgbarkeit der Lieferkette.

[Entschließung](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Am 08.02.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Verbesserung der EU-Vorschriften über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt gestartet. Nach EU-Recht sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Handlungen, die gegen das EU-Umweltrecht verstoßen, wie die illegale Verbringung von Abfällen, den Handel mit gefährdeten Arten oder mit ozonabbauenden Stoffen, als Straftaten zu behandeln. Die Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (2008/99/EG) wurde von der Kommission 2019 - 2020 einem Fitness-Check unterzogen. Dieser ergab, dass die Richtlinie die gesteckten Ziele nicht erreicht. Ziel dieser Konsultation ist es, von relevanten Interessenträgern Informationen und Meinungen zu sammeln, wie die Richtlinie optimiert und effizienter werden kann, wobei besonders die Frage betrachtet werden soll, wie die Wirksamkeit von verschiedenen aufgezeigten Optionen für die Überarbeitung der Richtlinie eingeschätzt wird. Die Überarbeitung soll bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Die Konsultation läuft bis 04.05.2021.

[Konsultation](#)



Kommission startet öffentliche Konsultation zu Vorschriften über Methan im Energiesektor

Am 05.02.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu neuen Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor gestartet. Nach Kohlendioxid ist Methan das zweitwichtigste anthropogene Treibhausgas. Methanemissionen entstehen unter anderem, wenn Brennstoffe (Steinkohlenbergbau, Gasverteilung) gewonnen, gefördert und verteilt werden. Die Kommission hat am 14.10.2020 eine EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen vorgelegt (EB 14/20), in der sie einen legislativen Vorschlag zur weiteren Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor angekündigt hat. Ziel der Konsultation ist es, Meinungen und Anregungen von Interessenträgern und Bürgern dazu zu sammeln. Mit dem geplanten Vorschlag sollen zwei spezifische Ziele verfolgt werden: 1) Verbesserung der Verfügbarkeit und Genauigkeit von Informationen über die spezifischen Quellen von Methanemissionen im Zusammenhang mit dem Energieverbrauch in der EU und 2) Einführung von EU-Verpflichtungen für Unternehmen zur Minderung dieser Emissionen in verschiedenen Segmenten der Energieversorgungskette. Die Konsultation läuft bis 01.05.2021.

[Konsultation](#)

EuGH-Urteil zur Überschreitung der PM₁₀-Grenzwerte in Ungarn

Am 03.02.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-637/18 Kommission / Ungarn entschieden, dass Ungarn gegen seine Verpflichtungen verstoßen hat, dafür Sorge zu tragen, dass in seinem gesamten Hoheitsgebiet der Tagesgrenzwert für PM₁₀-Partikel eingehalten und der Zeitraum der Überschreitung dieses Grenzwertes so kurz wie möglich gehalten wird. Die Kommission hatte eine Vertragsverletzungsklage erhoben, da die Tagesgrenzwerte für PM₁₀-Partikel in drei ungarischen Gebieten seit 2005 und 2011 jeweils mit großer Regelmäßigkeit bis 2017 überschritten worden seien. Der EuGH urteilte nun, dass trotz einer ersichtlichen rückläufigen Tendenz offensichtlich ist, dass von 2005 - 2017 der Tagesgrenzwert für PM₁₀-Partikel in den betroffenen Gebieten sehr regelmäßig überschritten worden ist und diese Überschreitungen daher als systematisch und andauernd zu betrachten sind. Er wies das Vorbringen Ungarns, die grenzüberschreitende Verschmutzung habe in diesen Gebieten erhebliche Auswirkungen auf die Luftqualität, mit der Begründung zurück, dass der Unionsgesetzgeber derartige Umstände bereits in die geltenden Grenzwerte mit einbezogen hat. Die von Ungarn zur schnellstmöglichen Behebung der Überschreitung zu erstellenden Luftqualitätspläne enthielten aber weder genaue Angaben zur erwarteten Verbesserung der Luftqualität noch zu dem Zeitraum, der für die Verwirklichung der Ziele vorgesehen ist.

[EuGH-Urteil](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer neuen EU-Bodenstrategie

Am 02.02.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer neuen EU-Bodenstrategie gestartet. Gesunde Böden sind eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals wie Klimaneutralität, Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, Nullverschmutzung,



gesunde und nachhaltige Lebensmittelsysteme und eine widerstandsfähige Umwelt. Wie in der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 angekündigt, ist das Ziel der geplanten neuen EU-Bodenstrategie, die Bodendegradation umfassend anzugehen und dazu beizutragen, die Neutralität der Bodendegradation bis 2030 zu erreichen, die Bemühungen zum Schutz der Bodenfruchtbarkeit, zur Verringerung der Erosion und zur Erhöhung der organischen Bodensubstanz zu verstärken und Fortschritte bei der Identifizierung kontaminierter Standorte, der Wiederherstellung degradierter Böden, der Festlegung der Bedingungen für ihren guten ökologischen Zustand und der Verbesserung der Überwachung der Bodenqualität zu erreichen. Bürger, Organisationen und relevante Akteure sind eingeladen, sich an der öffentlichen Konsultation bis 27.04.2021 zu beteiligen.

[Konsultation](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Thema „Kunststoffe, die Kreislaufwirtschaft und Europas Umwelt – Dringender Handlungsbedarf“

Am 28.01.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren Bericht zum Thema „Kunststoffe, die Kreislaufwirtschaft und Europas Umwelt – Dringender Handlungsbedarf“ veröffentlicht. Darin analysiert sie, wie Kunststoffe nachhaltiger und im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft genutzt werden könnten. Dem Bericht zufolge werden 99 % der Kunststoffe aus Kohlenstoff aus fossilen Brennstoffen hergestellt, sodass 7 % der Rohölproduktion für die Herstellung von Kunststoffen verwendet werden. Prognosen zufolge wird sich der Verbrauch von Kunststoffen in den kommenden 20 Jahren verdoppeln und bis 2050 werden 20 % des weltweiten Ölverbrauchs auf die Kunststoffindustrie entfallen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass zur Eindämmung des wachsenden CO₂-Fußabdrucks eine intelligentere und bewusstere Nutzung von Kunststoffen sowie die Verwendung von erneuerbaren Rohstoffen und Dekarbonisierung und ein verstärktes Kreislaufprinzip durch die Implementierung und Ausweitung von Kreislaufgeschäftsmodellen auf breiter Ebene erforderlich ist.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Briefing zu „Kunststoffe und Textilien“

Am 28.01.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ein Briefing zum Thema „Kunststoffe und Textilien“ veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass europäische Haushalte im Jahr 2017 etwa 13 Mio. t Textilprodukte (Bekleidung, Schuhe und Haustextilien) verbrauchten, wobei synthetische Fasern wie Polyester und Nylon etwa 60 % der Kleidung und 70 % der Haustextilien ausmachen. Diese beeinflussen die Umwelt während ihres gesamten Lebenszyklus durch Ressourcenverbrauch, Treibhausgasemissionen, Luft- und Wasserverschmutzung. Dem Briefing zufolge hat sich der Einsatz von synthetischen Fasern in Textilien, insbesondere von Polyester, in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Deutschland gehört innerhalb der EU zu den wichtigsten Chemiefaserproduzenten und leistet zusammen mit Italien sowohl in Bezug auf den Export- als auch den Importwert den größten Beitrag zum Intra- und Extra-EU-Handel mit synthetischen Textilien. Laut Bericht werfen europäische Verbraucherinnen und Verbraucher jährlich ca. 5,8 Mio. t Textilien, d. h. ca. 11 kg pro Person, weg, davon etwa zwei Drittel aus Kunstfasern. Ein Drittel der Textilabfälle in Europa wird getrennt gesammelt, ein großer Teil



wird exportiert. Jährlich gelangen zwischen 200.000 und 500.000 t Mikroplastik aus Textilien in die Meeresumwelt. Die Nachhaltigkeit synthetischer Textilien in einer Kreislaufwirtschaft kann vor allem durch die Förderung der Verwendung nachhaltiger Fasern, die Kontrolle der Mikroplastikemissionen sowie die Verbesserung der getrennten Sammlung, Wiederverwendung und Recycling gesteigert werden.

[EUA-Briefing „Kunststoffe und Textilien“](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Nichterklärung des Durchführungsbeschlusses zu Emissionsgrenzwerten von Großfeuerungsanlagen

Am 27.01.2021 hat der EuGH in der Rechtssache T 699/17 Polen / Kommission den Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 der Kommission zur Festlegung von Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU für Großfeuerungsanlagen für nichtig erklärt. Die Wirkungen des Beschlusses seien jedoch so lange aufrechtzuerhalten, bis ein neuer Rechtsakt erlassen wird, der den für ungültig erklärten Beschluss ersetzt. Dafür habe die Kommission maximal 12 Monate Zeit. Polen hatte 2017 gegen den Durchführungsbeschluss Nichtigkeitsklage erhoben, da dieser an verschiedenen verfahrensrechtlichen Mängeln leide und von einer falschen Datenlage ausgehe. Der EuGH folgte den Ausführungen der Klägerseite, legte aber gleichzeitig fest, dass die Emissionsgrenzwerte weiterhin Anwendung finden, da andernfalls das Ziel der Gewährleistung eines hohen Umweltschutzniveaus und der Verbesserung der Umweltqualität untergraben würde.

[EuGH-Urteil](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission startet Konsultation zu Vorschriften zur Identifizierung und Registrierung von Pferden

Am 04.02.2021 hat die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Festlegung von Regeln für die Anwendung der Verordnungen 2016/429/EU, 2016/1012/EU und 2019/6/EU in Bezug auf die Identifizierung und Registrierung von Pferden und Festlegung der Modalitäten für Identifizierungsdokumente von Pferden gestartet. Diese Initiative betrifft das Standard-Identifizierungsdokument („Equidenpass“), das beim Transport von Pferden und ähnlichen Tieren (Eseln usw.) in der EU verwendet wird. Die Dokumente sollen der Identifizierung des Tieres dienen, die Angabe enthalten, ob das Tier für die Erzeugung von Lebensmitteln verwendet wird, als Zuchtbescheinigung dienen sowie für die Teilnahme an Wettbewerben oder Rennen benötigte Informationen enthalten. Der Vorschlag soll die Durchführungsverordnung 2015/262/EU ersetzen. Bis 04.03.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Entwurf der Durchführungsverordnung](#)



Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Prüfung von Online-Auftritten zu „Greenwashing“

Am 28.01.2021 hat die Kommission zusammen mit den nationalen Verbraucherbehörden die Ergebnisse des jährlichen Screenings von Websites („Sweep“) veröffentlicht, das mögliche Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht auf Online-Märkten aufdecken soll. Im Fokus der Überprüfung stand erstmalig die Praxis der ökologischen Schönfärberei („Greenwashing“) in verschiedenen Geschäftsbereichen wie Bekleidung, Kosmetik und Haushaltsgeräte. Dabei wurden 344 augenscheinlich zweifelhafte umweltbezogene Angaben in Online-Auftritten genauer analysiert. In 42 % der Fälle waren die Behauptungen übertrieben, falsch oder irreführend und stellen möglicherweise unlautere Geschäftspraktiken im Sinne der UGP-Richtlinie 2005/29/EG dar. In mehr als der Hälfte der Fälle stellte das Unternehmen den Verbrauchern keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um die Richtigkeit der Angaben beurteilen zu können. In 37 % der Fälle wurden vage und allgemeine Angaben gemacht wie „bewusst“, „umweltfreundlich“ und „nachhaltig“. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in die geplante Folgenabschätzung für den neuen Gesetzgebungsvorschlag zur Stärkung der Rolle der Verbraucher beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft einfließen, der in der neuen Verbraucheragenda angekündigt wurde.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EuGH-Urteil zum Zulassungsverfahren nach REACH-Verordnung

Am 21.01.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-471/18 P Deutschland / Esso Raffinage entschieden, dass die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) bei Nichtbefolgung ihrer Anforderungen und Vorlage alternativer Nachweisversuche im Zulassungsverfahren nach der REACH-Verordnung 1907/2006 (REACH-VO) ein (erneutes) formelles Verfahren durchführen muss. Im zugrundeliegenden Fall hat ein französisches Unternehmen ein „Registrierungsdossier“ für einen zulassungspflichtigen Stoff bei der ECHA eingereicht. Nachdem das Unternehmen der anschließenden Aufforderung der ECHA, einen Tierversuch nachzuweisen, nicht nachgekommen war, sondern einen alternativen Nachweisversuch unternommen hatte, wandte sich die ECHA an die zuständige Aufsichtsbehörde mit der Feststellung eines Verstoßes gegen die REACH-VO und einem Ersuchen um Durchsetzungsmaßnahmen. Der dagegen erhobenen Nichtigkeitsklage des Unternehmens gab das EuG statt, da das Schreiben in den Wirkungen einer Entscheidung nach Art. 42 Abs. 1, 41 Abs. 3 der REACH-VO gleichkomme, ohne das dortige Verfahren zu befolgen. Der EuGH schloss sich nunmehr dieser Auffassung an und wies die von Deutschland als Streithelfer gegen das EuG-Urteil eingelegte Revision mit der Begründung zurück, dass das entsprechende Verfahren für die Entscheidung der ECHA einzuhalten und die vorgebrachte Alternative zu Tierversuchen zu prüfen gewesen wäre.

[EuGH-Urteil](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Kommission startet Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die Förderung europäischer Agrar- und Ernährungsprodukte

Die Kommission hat am 28.01.2021 die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Programme zur Förderung der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft in der EU und im Ausland veröffentlicht.

In diesem Jahr wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung von Produkten und Anbaumethoden gelegt, die die Ziele des Green Deals direkter unterstützen, z. B. Bioprodukte, Obst und Gemüse und nachhaltige Landwirtschaft.

Für 2021 ist ein Gesamtbudget von 182,9 Mio. € für die Förderung von EU-Agrar- und Ernährungsprodukten innerhalb und außerhalb der EU vorgesehen. Von den ausgewählten Programmen wird erwartet, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit und den Konsum von EU-Agrar- und Lebensmittelprodukten in der ganzen Welt fördern.

Vorschläge können bis zum 28.04.2021 eingereicht werden.

[Förderung EU-Agrar-/Ernährungsprodukte: Aufforderung Einreichung von Vorschlägen](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel

Die Kommission hat am 09.02.2021 einen Fahrplan im Hinblick auf die Überprüfung der Absatzförderungs politik für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel innerhalb und außerhalb der EU veröffentlicht.

Die Absatzförderungs politik der EU hilft den Landwirtinnen und Landwirten sowie der Lebensmittelindustrie, ihre Erzeugnisse auf einem zunehmend wettbewerbsorientierten globalen Markt zu verkaufen.

Derzeit überprüft die Kommission diese Politik mit dem Ziel, deren Beitrag zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Verbrauch zu erhöhen. Berücksichtigt wird dabei auch der Trend hin zu einer stärker pflanzlichen Ernährung mit weniger rotem und verarbeitetem Fleisch und mehr Obst und Gemüse.

Rückmeldungen sind möglich bis 09.03.2021.

[Fahrplan Überprüfung Absatzförderungs politik](#)

Kommission verlängert Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor

Die Kommission hat am 28.01.2021 die Verlängerung der Sondermaßnahmen zur Unterstützung des Weinsektors um ein Jahr beschlossen, so dass die Maßnahmen bis zum 15.10.2021 und rückwirkend ab dem 16.10.2020 gelten.



Der Weinsektor wurde von den Folgen der Covid-19-Krise schwer getroffen und leidet unter der Schließung von Restaurants und Bars in der gesamten EU. Die US-Zölle auf EU-Wein tragen ebenfalls zu den Schwierigkeiten des Marktes bei.

[Kommission verlängert Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor](#) (in englischer Sprache)

EuGH entscheidet über Kürzung von Direktzahlungen bei Verstoß gegen Cross-Compliance

Der EuGH hat am 27.01.2021 entschieden, dass die Kürzung von Direktzahlungen wegen eines Verstoßes gegen Cross-Compliance-Vorschriften auf Basis des Jahrs der Begehung des Verstoßes vorzunehmen ist, um eine Verknüpfung zwischen Direktzahlungen und Cross-Compliance-Verpflichtungen, aber auch die „Einhaltung der Grundsätze der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit und der Rechtssicherheit bestmöglich“ zu gewährleisten.

Einem niederländischen Landwirt wurden wegen Verstoß gegen Cross-Compliance-Vorschriften im Sinn von Art. 93 GAP-Finanzierungs-VO 1306/2013 gemäß Art. 97 Abs. 1 VO 1306/2013 Direktzahlungen gekürzt. Die prozentuale Kürzung erfolgte auf Basis der für das Jahr der Feststellung des Verstoßes zu gewährenden Direktzahlungen, nicht auf Basis des Jahrs der Begehung des Verstoßes.

Es bleibt damit bei der für die Vorgängervorschrift festgestellten Rechtslage. Deutschland hatte aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung für das Gegenteil plädiert.

[EuGH-Urteil](#)

Kommission startet Konsultation zur Entwicklung einer neuen EU-Bodenstrategie

Die Kommission hat am 02.02.2021 eine Konsultation im Hinblick auf die neue EU-Bodenstrategie veröffentlicht (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

Gesunde Böden sind von entscheidender Bedeutung, damit die Klima- und Biodiversitätsziele im Rahmen des europäischen Grünen Deals erreicht werden können.

Ziele sind der Schutz der Bodenfruchtbarkeit, die Verringerung von Erosion und Versiegelung, die Steigerung des Gehalts an organischer Substanz, die Ermittlung von kontaminierten Flächen, die Sanierung geschädigter Böden und die Definition des Begriffs „guter ökologischer Zustand“ für Böden.

Im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 wird mit dieser Initiative die derzeitige Strategie zur Bekämpfung der Bodenverschlechterung und zur Erhaltung der Bodenressourcen aktualisiert.

Rückmeldungen sind möglich bis 27.04.2021.

[Konsultation EU-Bodenstrategie](#)



Kommission veröffentlicht Vorschlag für Verordnung zur Agrarstatistik

Die Kommission hat am 03.02.2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Agrarstatistik veröffentlicht.

Grundlage hierfür sind die Verordnungen (EU) 1165/2008, (EU) 543/2009 und (EU) 1185/2009.

Mit dieser Initiative werden die Vorschriften für die Zusammenstellung statistischer Daten über die Landwirtschaft in der EU aktualisiert.

Sie umfasst landwirtschaftliche Betriebsmittel und die landwirtschaftliche Erzeugung (z. B. Kulturpflanzen, Tiere, Nährstoffe und Agrarpreise).

Rückmeldungen sind bis 31.03.2021 möglich.

[Initiative Agrarstatistik](#)

Kommission startet Konsultation zu Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden

Die Kommission hat am 04.03.2021 einen Entwurf für eine Durchführungsverordnung im Hinblick auf die Vorschriften für die Identifizierung und Registrierung von Pferden (Pferdepässe) vorgelegt (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

Dieser Vorschlag betrifft das Standard-Identifizierungsdokument („Equidenpass“), das beim Transport von Pferden und ähnlichen Tieren (Eseln usw.) in der EU verwendet wird. Dieses Dokument soll der Identifizierung des Tieres dienen, die Angabe enthalten, ob das Tier für die Erzeugung von Lebensmitteln verwendet wird, als Zuchtbescheinigung dienen und für die Teilnahme an Wettbewerben oder Rennen benötigte Informationen enthalten.

Der Vorschlag soll die Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 ersetzen.

Rückmeldungen sind bis 04.03.2021 möglich.

[Entwurf Durchführungs-VO](#)

Kommission legt Entwurf für delegierten Verordnung zu Düngemittel vor

Die Kommission hat am 02.02.2021 einen Entwurf für eine delegierten Verordnung zu Düngemittel veröffentlicht.

Es sollen neue EU-Vorschriften für verschiedene Arten von Düngemittel erlassen werden. Sie stellen sicher, dass nur Düngemittel, die die Effizienz- und Sicherheitsanforderungen erfüllen, in der gesamten EU frei verkauft werden können.

Die Verordnung (EU) 2019/1009 gilt ab dem 16.07.2022. Ihre aktualisierten technischen Anhänge helfen den EU-Ländern und der Industrie bei der Anwendung der Vorschriften.

Rückmeldungen sind möglich bis 16.03.2021.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 03/2021 vom 12.02.2021



[Entwurf delegierte VO](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Europäisches Parlament fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbstätigenarmut in Europa

Nach Aussage des Europäischen Parlaments (EP) bezieht jeder sechste Arbeitnehmer in der EU einen Niedriglohn, d. h. einen Lohn, der weniger als zwei Drittel des nationalen Medianeinkommens beträgt. Da dieser Anteil zudem stetig steige, fordern die Abgeordneten in einer am 10.02.2021 angenommenen Entschließung die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbstätigenarmut in Europa zu ergreifen.

So würdigt das EP etwa den Vorschlag der Kommission für einen Rahmen zur Festlegung angemessener Mindestlöhne in Europa (EB 18/20). Mit dieser legislativen Maßnahme müsse aber gewährleistet werden, dass Mindestlöhne, dort wo sie existieren, oberhalb der Armutsschwelle liegen. Insoweit stellen die Abgeordneten fest, dass der Mindestlohn gegenwärtig nur in drei Mitgliedstaaten durchweg über der definierten Armutsschwelle von 60 % des Bruttomedianlohns liege. Sichergestellt werden müsse zudem, dass die Kosten für die Ausübung der Arbeit, etwa für Unterkunft, Arbeitskleidung oder persönliche Schutzausrüstung nicht vom Mindestlohn abgezogen werden dürfen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung](#)

Kommission startet Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Am 08.02.2021 startete die Kommission zwei öffentliche Konsultationen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Zum einen sollen die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt überprüft werden. Zum anderen konsultiert die Kommission hinsichtlich einer geplanten Gesetzesinitiative im vierten Quartal 2021 zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (siehe zu Einzelheiten den Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Zur Konsultation: Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt – Eignungsprüfung der EU Rechtsvorschriften](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Zur Konsultation: Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt – Opfer schützen und Täter bestrafen](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Arbeitslosenquote im Dezember 2020 im Euroraum bei 8,3 % und in der gesamten EU bei 7,5 %

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 01.02.2021 mitteilte, lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum im Dezember 2020 bei 8,3 % und blieb damit unverändert im Vergleich zu November 2020. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im Dezember 2020 bei 7,5 %, ebenfalls unverändert im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland stieg die Arbeitslosenquote leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 4,6 %.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 03/2021 vom 12.02.2021



Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im Dezember 2020 in der Eurozone 13,67 Mio. und in der gesamten EU 16,00 Mio. Menschen arbeitslos.

Die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit lag im Dezember 2020 in der gesamten EU bei 17,8 % im Vergleich zu 17,5 % im November 2020. Im Euroraum stieg diese von 18,1 % auf 18,5 % im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland sank sie um 0,2 Prozentpunkte auf 6,1 %.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Europäische Arzneimittel-Agentur informiert über Fortschritte bei der Bewertung von Impfstoffen und Therapien

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 10.02.2021 mitgeteilt, dass sie mit den Entwicklern des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ in Kontakt stehe und diese wissenschaftlich berate. Ein Antrag auf Einleitung eines „Rolling Review“ oder ein formaler Antrag auf vorläufige Marktzulassung liege der EMA dagegen noch nicht vor. Derzeit laufen bei der EMA zwei „Rolling Reviews“ von Coronavirus-Impfstoffen: Seit dem 03.02.2021 läuft ein „Rolling Review“ zum Impfstoff „NVX-CoV2373“ des Unternehmens Novavax, seit dem 01.12.2020 zum Impfstoff des Unternehmens Janssen.

Im Bereich möglicher COVID-19-Therapien kündigte die EMA am 04.02.2021 an, sie bereite eine wissenschaftliche Stellungnahme zur Verwendung von verschiedenen monoklonalen Antikörpern zur Behandlung von COVID-19-Patienten vor. Am 01.02.2021 leitete EMA zudem ein „Rolling Review“ der Antikörper-Kombination „REGN-COV2“ der Unternehmen Regeneron und Roche ein.

[Pressemitteilung der EMA zu den Fortschritten bei „Sputnik V“](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA zur Prüfung von monoklonalen Antikörpern](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA zu REGN-COV2](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA zu NVX-CoV2373](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Kommission veröffentlicht Impfstoffverträge mit Sanofi/GSK, AstraZeneca und CureVac

Die Kommission hat am 09.02.2021 den mit den Unternehmen Sanofi und GSK geschlossenen Coronavirus-Impfstoffvertrag veröffentlicht. Dies ist bereits der dritte auf EU-Ebene ausgehandelte Impfstoffvertrag, der – wenn auch mit zahlreichen Schwärzungen – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Zuvor hatte die Kommission bereits ihre Verträge mit AstraZeneca und CureVac veröffentlicht.

In Umsetzung der am 17.06.2020 vorgestellten EU-Strategie für Impfstoffe gegen das Coronavirus (EB 11/20) hat die Kommission Verträge (sog. „Advance Purchase Agreements“) mit sechs Unternehmen (AstraZeneca, Sanofi/GSK, Janssen, BioNTech/Pfizer, CureVac und Moderna) geschlossen und Sondierungsgespräche mit zwei weiteren Unternehmen (Novavax und Valneva) abgeschlossen (EB 01/21). Die EU-Impfstoffstrategie zielt darauf ab, den Mitgliedstaaten im Voraus Bezugsrechte für Impfstoffe gegen das Coronavirus zu sichern.

[Vertrag der Kommission mit Sanofi/GSK](#) (in englischer Sprache)

[Vertrag der Kommission mit AstraZeneca](#) (in englischer Sprache)

[Vertrag der Kommission mit CureVac](#) (in englischer Sprache)



Coronavirus: Europäische Bürgerbeauftragte fordert Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten

Die Europäische Bürgerbeauftragte, *Emily O'Reilly*, hat am 09.02.2021 eine Stellungnahme zur Tätigkeit des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) veröffentlicht. In ihrer Stellungnahme fordert die Bürgerbeauftragte von den EU-Gesetzgebern, das ECDC mit weiterreichenden Befugnissen auszustatten. Insbesondere müsse das ECDC in der Lage sein, die Vollständigkeit und Qualität der Daten sicherzustellen, die es von den nationalen Behörden erhalte. Ansonsten könne es sein Mandat nicht vollständig erfüllen.

Die Bürgerbeauftragte fordert vom ECDC zudem größere Transparenz hinsichtlich der Entwicklung seiner Risikobewertungen, der Vollständigkeit der zugrundeliegenden Daten sowie der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Nötig seien zudem eine überarbeitete Kommunikationsstrategie, die sich stärker an die breite Öffentlichkeit richte, eine aktualisierte Sprachenpolitik, die möglichst viele EU-Amtssprachen umfasse, sowie die systematische Veröffentlichung von Umfrageergebnissen.

[Pressemitteilung](#)

[Vollständige Ergebnisse der Untersuchung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Aktionsplan zu medizinischen Nuklear- und Strahlentechnologien vor

Die Kommission hat am 05.02.2021 einen Aktionsplan zur strategischen Agenda für medizinische Anwendungen ionisierender Strahlung („SAMIRA“) vorgestellt. Der Aktionsplan ist der Kommission zufolge eine Folgemaßnahme zum europäischen Krebsbekämpfungsplan, der am 03.02.2021 vorgestellt wurde (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).

Mit dem Plan werden in drei Schlüsselbereichen Aktionen und Maßnahmen festgelegt: 1) Sicherstellung der Versorgung mit Radioisotopen für medizinische Zwecke, 2) Verbesserung von Qualität und Sicherheit von medizinischen Strahlenanwendungen sowie 3) Förderung von Innovationen und der technologischen Entwicklung. Zu den in dem Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen gehört eine europäische Exzellenzinitiative für Radioisotope („European Radioisotope Valley Initiative“ – ERVI), eine europäische Initiative für Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen ionisierender Strahlung sowie das Aufstellen eines Forschungsfahrplans für medizinische Anwendungen der Nuklear- und Strahlentechnologie.

[Aktionsplan](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

Kommission stellt europäischen Krebsbekämpfungsplan vor

Die Kommission hat am 03.02.2021 eine Mitteilung zum Thema „Europas Plan gegen den Krebs“ vorgelegt. Der europäische Krebsbekämpfungsplan ist ein zentrales gesundheitspolitisches Projekt der amtierenden



Kommission. Er beinhaltet ein umfassendes Konzept für den gesamten Krankheitspfad von der Krebsprävention bis hin zur Förderung der Lebensqualität von Krebskranken und -überlebenden.

Der Plan ist in vier Hauptaktionsbereiche gegliedert: Krebsprävention, Verbesserung der Früherkennung von Krebs, Gewährleistung hoher Standards bei der Versorgung von Krebskranken sowie Verbesserung der Lebensqualität von Krebspatienten, Krebsüberlebenden und Pflegepersonen. In diesen Hauptaktionsbereichen werden zahlreiche legislative und nicht-legislative Maßnahmen angekündigt, die über die nächsten Jahre vorgelegt oder umgesetzt werden sollen. Hierzu gehören Reformen der EU-Gesetzgebung zu Lebens- und Genussmitteln wie Tabakprodukten und Alkohol sowie verschärfte Grenzwerte zur Verringerung von Umweltverschmutzung, Schadstoff- und Strahlenbelastung. Weitere Vorschläge betreffen neue Netzwerke zur Verbesserung der Behandlung von Krebserkrankungen und Initiativen zur Stärkung von Forschung und Innovation, Digitalisierung und dem Abbau von Ungleichheiten in der EU.

[Mitteilung der Kommission „Europas Plan gegen den Krebs“](#)

[Anhang zur Mitteilung](#)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen angenommen

Der Rat hat am 02.02.2021 eine Änderung der Empfehlung zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen aus Drittstaaten in die EU angenommen (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). In der Neuregelung werden detaillierte epidemiologische Kriterien für die Einführung und Aufhebung von Beschränkungen nicht unbedingt notwendiger Reisen festgelegt. Die Regelung sieht zudem u. a. eine grundsätzliche Verpflichtung von Reisenden vor, einen Nachweis über das negative Ergebnis eines frühestens 72 Stunden vor der Abreise durchgeführten PCR-Tests vorzulegen.

Zudem hat der Rat am 01.02.2021 eine Änderung der Empfehlung für eine koordinierte Vorgehensweise bei Beschränkungen der Freizügigkeit innerhalb der EU angenommen. Durch die Neuregelung wird die EU-weite „Corona-Ampel“ für Reisen um eine neue Kategorie „dunkelrot“ für Gebiete mit einer kumulativen 14-Tage-Melderate von über 500 Fällen pro 100.000 Personen erweitert. Personen, die aus „dunkelroten“ Gebieten einreisen, sollen von den Mitgliedstaaten grundsätzlich verpflichtet werden, sich vor der Einreise auf COVID-19 testen zu lassen und sich in Quarantäne zu begeben.

[Pressemitteilung zur Änderung der Regelungen für Reisen aus Drittstaaten in die EU](#)

[Pressemitteilung zur Änderung der Regelungen für Reisen innerhalb der EU](#)

Coronavirus: Tracking-Tool zu den Fortschritten der Impfkampagnen in Europa gestartet

Das Europäische Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) hat am 01.02.2021 ein Online-Portal eingerichtet, mit dem die Fortschritte der Coronavirus-Impfkampagnen in den EU-/EWR-Staaten vergleichbar dargestellt werden sollen.



Ziel des Online-Portals mit dem Namen „COVID-19 Vaccine Tracker“ ist es, durch die Zusammenstellung verschiedener Schlüsselindikatoren einen Überblick über den Stand der Impfkampagnen der europäischen Staaten zu erlangen. In dem Online-Portal werden zunächst die Zahl der an die einzelnen Staaten ausgelieferten Impfdosen sowie der prozentuale Anteil der Personen, die bereits eine Erstimpfung erhalten haben, dargestellt. Ergänzend zum Start des Online-Portals legte das ECDC einen Bericht vor, der einen Überblick zu den nationalen Impfstrategien und deren Umsetzung vermitteln soll.

[COVID-19 Vaccine Tracker](#) (in englischer Sprache)

[Bericht „Überblick der Umsetzung der COVID-19-Impfstrategien und der Impfstoff-Verteilungspläne in der EU und im EWR“](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zu Verbrauchsteuern auf im Ausland gekauften Alkohol und Tabak

Die Kommission hat am 29.01.2021 eine öffentliche Konsultation zu den Verbrauchsteuervorschriften für Alkohol und Tabak gestartet (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB). Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 29.04.2021 über ein Online-Portal der Kommission möglich.

Die öffentliche Konsultation ist Teil der Vorbereitungen für eine Novellierung der einschlägigen Vorschriften der Richtlinie 2008/118/EG. Die Details der Initiative werden in einer am 08.12.2020 veröffentlichten Folgenabschätzung erläutert. Der Kommission zufolge soll durch die Novellierung sichergestellt werden, dass die EU-Vorschriften für den grenzüberschreitenden Erwerb von alkoholischen Getränken und Tabakwaren durch Privatpersonen weiterhin zweckmäßig sind und die Ziele „öffentliche Einnahmen“ und „Gesundheitsschutz“ in Einklang bringen. Die Initiative steht der Kommission zufolge auch im Zusammenhang mit dem europäischen Aktionsplan zur Krebsbekämpfung (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB), weil die Besteuerung eine entscheidende Rolle bei der Verringerung des Alkohol- und Tabakkonsums spiele.

[Konsultationsseite](#)

[Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Verbrauchsteuervorschriften](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Kommission legt Fahrplan zur Entwicklung einer Vision für erfolgreiche digitale Transformation Europas vor

Am 11.02.2021 hat die Kommission einen ersten Fahrplan für die Entwicklung einer Vision, wie erfolgreiche digitale Transformation bis 2030 in Europa aussieht, vorgelegt und eine Konsultation dazu eröffnet. Noch im ersten Quartal 2021 will sie eine Mitteilung vorlegen, in der der weitere Weg dargestellt wird. In vier Bereichen müsste Europa seine Ambitionen steigern: digitale Infrastruktur, digitale Bildung, Digitalisierung von Unternehmen und eGovernment. Für diese vier Bereiche sollten digitale Zielvorgaben erarbeitet werden, die auf dem Digital Economy and Society Index (DESI) basieren und anhand quantitativer Indikatoren bewertet werden können. Daneben plant die Kommission eine Charta digitaler Rechte, die mit einer inter-institutionellen Erklärung verabschiedet werden könnte. Die Kommission will zudem mit einem „Digitalen Kompass 2030“ u. a. eine Governance-Struktur sowie ein Monitoring-System für die Erreichung der digitalen Ziele durch EU und Mitgliedstaaten entwerfen. Bis zum 09.03.2021 ist eine Teilnahme an der Konsultation zum vorgelegten Fahrplan möglich. Im weiteren ersten Halbjahr 2021 soll dann eine breite Konsultation folgen, um Optionen zu bewerten und die Initiativen vorzubereiten, die für die Umsetzung der Vision 2030 erforderlich sind.

[Webseite zur Konsultation und zum Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zu Initiativen im Bereich Interoperabilität von digitalen öffentlichen Diensten

Die Kommission hat am 01.02.2021 eine Konsultation eröffnet, um Äußerungen von Interessenträgern zu Initiativen der EU im Bereich der Interoperabilität von digitalen Diensten im öffentlichen Sektor einzuholen. Die gesammelten Informationen sollen in die Bewertung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens (EIF), in die Abschlussbewertung des Förderprogramms für interoperable grenz- und sektorübergreifende öffentliche Dienste ISA² und in eine Folgenabschätzung zu einer künftigen Interoperabilitätsstrategie einfließen. Eine solche Interoperabilitätsstrategie will die Kommission im Jahr 2021 vorgelegen, um die Koordinierung und gemeinsame Standards für sichere, grenzüberschreitende Datenströme und Dienste des öffentlichen Sektors zu gewährleisten. Rückmeldefrist für die [Konsultation](#) ist der 26.04.2021.

Europäischer Datenschutzbeauftragter veröffentlicht Stellungnahmen zu DSA und DMA

Der Europäische Datenschutzbeauftragte hat am 10.02.2021 Stellungnahmen zu den Verordnungsvorschlägen der Kommission für einen Digital Services Act (DSA) und einen Digital Markets Act (DMA) veröffentlicht. Er begrüßt den Vorschlag der Kommission zum DSA, empfiehlt aber weitergehende Maßnahmen zum Schutz von Bürgern in Bezug auf die Moderation von Inhalten, gezielte Werbung und Empfehlungssysteme. Sogenanntes „Profiling“ solle verboten werden, wenn es zum Zweck der Moderation von Inhalten erfolgt. Zu Zwecken der gezielten Werbung sollten bestimmte Kategorien von Daten nicht benutzt werden dürfen. Im Vorschlag zum



DMA sieht der Datenschutzbeauftragte in Vorgaben zu Interoperabilität Chancen, Lock-in-Effekte für Nutzer zu reduzieren. Beim Vollzug beider zukünftiger Rechtsakte sei eine institutionalisierte und strukturierte Kooperation zwischen den zuständigen Behörden, inklusive Datenschutz-, Verbraucherschutz- und Wettbewerbsbehörden, nötig.

[Pressemitteilung mit weiterführenden Links](#) (in englischer Sprache)